

LANDTAGS NACHRICHTEN

11. Dezember
9 / 2013
www.landtag-mv.de



+++ Aktuelle Stunde zu den Hochschulfinanzen +++ Der NSU-Untersuchungsausschuss und M-V +++ Exportinitiative
Gesundheitswirtschaft +++ 8. Altenparlament +++ Schlossgespräch – Jahrestag der Novemberpogrome 1938 +++
9. Jugendgeschichte tag +++ Zeitzeugentreffen im Landtag +++ Nutzung des Schlosses seit 1913 +++



3	GASTKOLUMNE	Claus Tantzen, NDR, zu den Lehren aus der NSU-Affäre
4 – 12	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	Aktuelle Stunde	„Hochschulen stärken, aufgaben- und bedarfsgerechte Finanzierung sicherstellen“
6 – 11	Berichte	Schlussfolgerungen in M-V aus den Ergebnissen des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages Masterplanprozess Mensch und Land Exportinitiative Gesundheitswirtschaft Altschuldenproblematik in ostdeutscher Wohnungswirtschaft
12	Weitere Beschlüsse	Änderung Landes- und Kommunalwahlgesetz (Flexibilisierung bei Stichwahlen) Beamtenbesoldung Landesverfassung (Nichtöffentlichkeit der Ausschussberatungen) Anpassung der Beamtenbezüge Altersgrenze für Verbeamtung Entschließung zu den Beschlüssen des 11. Parlamentsforums südliche Ostsee Umzug der Fraktion DIE LINKE
13 – 16	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	Innenausschuss: Anhörung zum Finanzausgleichsgesetz Bildungsausschuss: Anhörung zum Lehrerbildungsgesetz Energieausschuss: Besuch der Fachhochschule FH Stralsund Vor-Ort-Termin in Groß Schwiesow Wirtschaftsausschuss: Anhörung soziale Wohnraumförderung Informationsfahrt nach Brüssel Europa- und Rechtsausschuss: Arbeitsgruppensitzung „Innovationen im Sozial- und Gesundheitswesen“ der Ostseeparlamentarierkonferenz EU-Ausschuss der Regionen
16 – 22	PANORAMA	8. Altenparlament im Landtag M-V Schweriner Schlossgespräch anlässlich des Jahrestages der Novemberpogrome 1938 Zeitzeugentreffen mit Holocaust-Überlebenden 9. Jugendgeschichtestag im Schweriner Schloss
23	SCHLOSSGESCHICHTEN	Der Schlossbrand vor 100 Jahren – Neue Publikation zur Nutzung des Schweriner Schlosses seit 1913

Titelfoto: Tim Allrich

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Es gab keinen Döner-Mord

Die Lehren aus der NSU-Affäre

Im August 2005 taucht zum ersten Mal das Wort „Döner-Morde“ in den Medien auf. Ein geflügeltes Wort war geboren. Doch diese Geburt war kein Geistesblitz, sondern der Beleg für die Abwesenheit von Geist. Einem Polizeireporter erschien seine Überschrift schlicht zu lang und die Kürzung war die eingängige Formel. Erst im Jahr 2011 – nachdem die Zwickauer Terrorzelle um Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und mutmaßlich Beate Zschäpe aufgefliegen war – wurde diese Formel zum Unwort des Jahres. Beleg für den pervertierten Umgang mit Sprache. Opfer von Gewalttaten wurden auf den Namen eines Fleischgerichtes reduziert.

Zwei weitere Jahre später stellt der NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages eine „beschämende Niederlage der deutschen Sicherheits- und Ermittlungsbehörden“ fest und belegt diese Niederlage in einem 1.300 Seiten starken Bericht. Einen fremdenfeindlichen Hintergrund für dieses eklatante Behördenversagen zeigt der Bericht allerdings nicht auf. Was denn dann? Fremdenfeindlichkeit bedarf eines Vorsatzes – Sprachlosigkeit offenbar nicht! Dabei ist das gemeinsame Versagen von Medien, Öffentlichkeit und Behörden, und im Nachgang das Versagen der Politik, ein Beleg für pervertierte Sprache, also Sprachlosigkeit.

Als Halit Yozgat am 6. April 2006 in Kassel durch zwei Kopfschüsse getötet wurde, war ein Mitarbeiter des hessischen Verfassungsschutzes anwesend. Andreas T. aber gibt während seiner Vernehmung beim NSU-Prozess in München an, er habe von der Tat nichts mitbekommen. Weil er V-Mann-Führer gewesen sei, habe er sich nicht freiwillig als Zeuge gemeldet. Andreas T., der im Kreise seiner Bekannten als „Klein Adolf“ bekannt war, führte also V-Männer! Natürlich heißen V-Männer nicht Vertrauensmänner, weil man ihnen vertraut. Im Gegenteil, sie missbrauchen ja gerade Vertrauen. Das ist das Wesen ihrer Tätigkeit. Das leitet über zur nächsten Frage: Wer schützt die Verfassung, das zentrale Rechtsdokument des Staates? Ein rechtsextremer Sportschütze aus Hessen? Ganz offenbar nicht. Die Verfassung ist ein Gesetz. Die staatlichen Organe, wie der sogenannte Verfassungsschutz, sind formal und inhaltlich an die Vorgaben der Verfassung gebunden. Wer, wenn nicht die demokratisch gewählten Vertreter des Volkes, dürfen sich allein Verfassungsschützer nennen?



Foto: privat

Claus Tantzen (50) ist seit 2007 freier Mitarbeiter beim NDR in Schwerin in der Redaktion „Politik und Recherche“ des Nordmagazins.

„ Wer, wenn nicht die demokratisch gewählten Vertreter des Volkes, dürfen sich allein Verfassungsschützer nennen? „

Statt sich nun mit der alten Sprachlosigkeit auseinanderzusetzen, vertiefen die eigentlichen Verfassungsschützer ihr Kauderwelsch, indem sie an Symptomen herumdoktern, statt die Ursachen zu bekämpfen. Geheimdienstler sollen besser mit der Polizei zusammenarbeiten, V-Leute besser kontrolliert werden. Auf diese Weise sollen „Opfer rassistischer Gewalt in Zukunft besser geschützt“ werden. Das sagte der SPD-Verhandlungsführer der Innen-Arbeitsgruppe Thomas Oppermann. Das ist absurd. Denn eigentlich will er doch, ebenso wie die Abgeordneten der demokratischen Parteien im Schweriner Landtag, verhindern, dass es Opfer von rassistischer Gewalt überhaupt gibt. Aber dafür bedarf es wohl einer nicht pervertierten Sprache, die die Dinge beim Namen nennt. Hätte man bereits 2001 nach dem dritten Mord an einem türkischstämmigen Menschen von Türken-Morden gesprochen statt von „Döner-Morden“, hätte der Hintergrund für die Taten wohl klar auf der Hand gelegen – ohne „Verfassungsschutz“. Die Verschwörungstheorien der neuen Nazis im Schweriner Landtag wären ohne Nahrung geblieben. Jetzt lassen sie sich darüber aus, dass offenbar keiner der Hauptangeklagten im Münchener Prozess je an einem der Tatorte war – nachweislich aber mindestens ein Angehöriger des Verfassungsschutzes.

Claus Tantzen

Schlagabtausch zur Hochschulfinanzierung

Aktuelle Stunde befasst sich mit Finanzlage der Bildungseinrichtungen

Die Finanzausstattung der Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern sorgte in der Aktuellen Stunde am 13. November erneut für heftigen Streit zwischen Regierung und Opposition. Die Grünen-Fraktion, die das Thema für die Landtagsdebatte bestimmt hatte, unterstützt genau wie DIE LINKE Forderungen nach deutlich mehr Geld für die Hochschulbildung. Doch die Regierung sieht dafür kaum Spielraum.

Johannes Saalfeld (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sieht das Land in der Pflicht, aktuell auf die dramatische Finanzlage zu reagieren. Die Universitäten und Fachhochschulen beziffern seinen Worten nach ihre Defizite auf rund 28 Millionen Euro jährlich. „Wenn das so kommt, dann bleiben im dreistelligen Bereich Personalstellen von Professoren und Wissenschaftlern unbesetzt, Lehrveranstaltungen in erheblichen Größenordnungen würden ausfallen, die Qualität in Forschung und Lehre würde beeinträchtigt“, warnte er. Die Finanzausstattung reiche definitiv nicht aus, weil die Landesregierung den Ansturm der Studierenden auf die Hochschulen unterschätzt habe. „Wir haben die 40.000 Studierenden im Land gewollt, nun kommt es drauf an, die Verantwortung für sie zu übernehmen“, forderte Saalfeld. „Mag der Minister noch so häufig vorrechnen, dass unser Land im bundesdeutschen Vergleich in der Spitzengruppe bei den Hochschulausgaben pro Einwohner liegt, entscheidend ist doch, wie die Ausgaben pro Studierenden im Land sind, und diese sind unterdurchschnittlich“, betonte er.

Nach Angaben von Bildungsminister **Mathias Brodkorb** liegt M-V, gemessen an der Einwohnerzahl, bei den Hochschulausgaben bundesweit auf Rang zwei. „Selbst Länder wie Bayern und Baden-Württemberg lassen wir hinter uns“, sagte er. Forderungen nach einer Mittelaufstockung für Personal um 16 Prozent seien unbegründet. „Bei einer Tarifsteigerung um etwa 2,5 Prozent und der Maßgabe des Personalabbaus gibt es kein Sachargument für solch eine Forderung“, sagte der Minister. Zusätzlich zur jährlichen Steigerung der Mittel für die Hochschulen um 1,5 Prozent sollen laut Brodkorb in den kommenden beiden Jahren 17 Millionen Euro extra bereitge-

stellt werden. Dies helfe, Besoldungs- und Tarifentwicklungen vollständig auszugleichen und die Einführung des Mindestlohns von 8,50 Euro zu kompensieren. Wünsche nach einer noch besseren Finanzausstattung seien zwar verständlich, vom Land allein aber nicht zu bewältigen. „Ich setzte darauf, dass das Kooperationsverbot des Grundgesetzes abgeschafft und der Bund somit in die Lage versetzt wird, die Länder bei der Finanzierung der Bildungsausgaben zu unterstützen“, sagte der Minister.

Bei einer Anhörung kürzlich im Finanzausschuss haben alle Hochschulen dem CDU-Abgeordneten **Egbert Liskow** zufolge eine zu geringe Finanzausstattung beklagt. Grund für die klammen Kassen seien vor allem die gestiegenen Energiekosten und weitere Sachausgaben, aber auch höhere Personalkosten. „Die CDU-Fraktion geht aber davon aus, dass das Land sich an die verfassungsrechtlichen Vorgaben hält und diese tatsächlichen Mehrkosten der Hochschulen in voller Höhe übernehmen wird“, betonte Liskow. Ein dünn besiedeltes Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern brauche starke Hochschulen als „Leuchttürme regionaler Entwicklung“. Zumal die Bildungseinrichtungen mit mehr als 15.000 Beschäftigten auch ein wichtiger Arbeitgeber seien. Die Entwicklung der Studentenzahlen habe bislang alle Erwartungen übertroffen. Liskow wertete dies als ein Zeichen für die Konkurrenzfähigkeit der Hochschulen im bundesweiten Wettbewerb.

Helmut Holter, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, warf dem Bildungsminister vor, sich die Zahlen schönzurechnen und die realen Bedürfnisse der Bildungseinrichtungen zu ignorieren. „Das ist Politiker-Mathematik, die unseriös ist“, sagte er.

Fotos: Uwe Balewski



Johannes Saalfeld (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Bildungsminister Mathias Brodkorb

Die Realität sei, dass Professorenstellen nicht besetzt werden könnten, weil das Geld dafür fehle. Die Hochschulen verlangten nur das „notwendige Geld, damit sie ihre Aufgaben nach dem Landeshochschulgesetz erfüllen können“, betonte Holter. Den Koalitionsfraktionen und dem Bildungsminister hielt er „Versagen vor den Herausforderungen der Zukunft“ vor. Die Bevölkerung werde SPD und CDU bei den nächsten Wahlen auch daran messen, ob die Hochschulen auskömmlich finanziert sind. Die 17 Millionen Euro, die der Minister in den kommenden zwei Jahren zusätzlich bereitstellen wolle, reichen Holter zufolge nicht. „Wir sind der Überzeugung, dass es einen erheblichen Mehrbedarf gibt: Rostock 28 Millionen, Greifswald 13 Millionen“, sagte er.

Die Grünen würden mit der Themenwahl lediglich Klientel-Politik betreiben, bemängelte NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs**. „Wir haben hier in diesem Land Hochschulen, die funktionieren, das ist ein Faktum“, sagte er. Das Problem beschränke sich nicht auf die Hochschulen, „sondern ganz speziell auf den Bildungsbereich der handwerklichen Ausbildung und der Ausbildung jenseits einer universitären Bildung“, so Pastörs. Man könne bei der Finanzierung der Hochschulen nicht die Einwohnerzahl außer Acht lassen. Die sei schließlich Basis der Steuereinnahmen, mit denen die Bildung bezahlt wird. Man könne den Haushalt nicht nach den Wünschen der Hochschulen genehmigen. „Das ist nicht möglich aus ganz rationalen, volkswirtschaftlichen und auch finanztechnischen Gründen“, sagte Pastörs. Er verlangte, der Bund müsse sich an der Finanzierung der Hochschullandschaft in M-V beteiligen.

„Wenn unsere Hochschulen so schlecht sind, warum kommen dann Studierende aus den anderen Bundesländern?“, fragte die SPD-Abgeordnete **Dr. Margret Seemann** in Richtung der Linken. Die Hochschulen profitieren ihren Angaben nach vom Hochschulpakt, bei dem der Bund den Ländern Mittel für zusätzliche Studienplätze zur Verfügung stellt. Das Land gebe die Gelder eins zu eins an die Hochschulen weiter. Mit der Bereitstellung von 17 Millionen Euro zusätzlich gehe das Land schon an „die haushaltspolitische Schmerzgrenze“, sagte sie. Eine weitere Steigerung der Qualität in Lehre und Forschung sei ohne finanzielles Engagement des Bundes nicht möglich. Sie sei „völlig fassungslos“, dass die Opposition der Auffassung sei, das Land könnte unendlich viel Geld zur Verfügung stellen. „Unser Bundesland muss mehr als zehn Milliarden Schulden abbauen, das sind 346 Millionen Euro Zinsen pro Jahr. Demgegenüber zahlen wir 307 Millionen



Egbert Liskow (CDU)

Euro an die Hochschulen. Ich würde lieber die 346 Millionen Zinsen noch nehmen und den Hochschulen geben, statt eine weitere Verschuldung hier durchzuführen“, sagte sie.

Der CDU-Abgeordnete **Torsten Renz** warf der Opposition eine unverantwortliche Finanzpolitik vor. „Überall fordern Sie, fordern Sie, fordern Sie!“, sagte er. „Seriöses Handeln sieht anders aus.“ Zudem stellte er eine Lockerung des sogenannten Kooperationsverbotes durch die Große Koalition in Berlin in Aussicht, damit sich der Bund stärker an der Finanzierung der Hochschulen beteiligen kann.



Helmut Holter (DIE LINKE)



Udo Pastörs (NPD)



Dr. Margret Seemann (SPD)



Torsten Renz (CDU)

Fotos: Uwe Balewski

Konsequenzen nach NSU-Terror

Demokratische Fraktionen fordern Änderungen bei Sicherheitsbehörden

Nach dem Versagen der Ermittler bei der Aufdeckung des NSU-Terrors fordert der Landtag nun auch Konsequenzen für die Sicherheitsbehörden in Mecklenburg-Vorpommern. Mit großer Mehrheit stimmte das Parlament am 14. November einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu. Nur die rechtsextreme NPD votierte dagegen. Die Abgeordneten forderten die Landesregierung auf, die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses im Bundestag für das Land zu analysieren und die für M-V bedeutsamen Empfehlungen für Polizei, Justiz und Verfassungsschutz schnellstmöglich umzusetzen.

Der rechtsextremen Terrorvereinigung Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) werden mehrere Morde an Kleinunternehmern mit Migrationshintergrund quer durch Deutschland zur Last gelegt, darunter auch ein Mordanschlag in Rostock.

Laut Beschluss des Landtages sollen die Aus- und Fortbildungsangebote in den Landesbehörden weiterentwickelt werden, um die Sensibilität für das Thema Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus zu schärfen. Weiter halten die Parlamentarier eine Neuausrichtung des Verfassungsschutzes für nötig. Information und Beratung durch den Verfassungsschutz müssten zum Zwecke der Vorbeugung verstärkt werden.

Zudem forderte der Landtag, die parlamentarische Kontrolle der Verfassungsschutzbehörde zu stärken und dabei für mehr Transparenz zu sorgen.

„Ich bin auch dafür, den Landesdatenschutzbeauftragten mit erweiterter Kontroll-Kompetenz auszustatten“, sagte der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion **Peter Ritter**. Die Sicherheits- und Ermittlungsbehörden müssten so reformiert werden, dass künftig solche Straftaten ausgeschlossen seien. Auch in M-V bestehe Änderungsbedarf. Das habe das Ergebnis des NSU-Untersuchungsausschusses im Bundestag gezeigt. Der über 1.000 Seiten starke Abschlussbericht zeige auch Defizite im Nordosten auf. So sei erst 2006 – zwei Jahre nach dem Mord an dem 25-jährigen Mehmet Turgut in Rostock – eine Sonderkommission eingerichtet worden. Dem Bericht zufolge sei auch hier nicht nach einem rechtsextremen Tathintergrund geforscht worden, sondern in „unangemessener Art und Weise“ im Umfeld des Opfers. Das Landeskriminalamt habe einer Übertragung der Aufgaben an Bundesbehörden ablehnend gegenübergestanden. Die Arbeit des Untersuchungsausschusses im Bundestag nannte Ritter ein Beispiel hoher politischer Kultur. Dies gelte auch für

den gemeinsamen Antrag von Koalitionsfraktionen und der demokratischen Opposition. Seiner Ansicht nach ein „Kompromiss“ und der Anfang umfassender Reformen.

Manfred Dachner, Sprecher für Innere Sicherheit der SPD-Fraktion, bat im Namen aller demokratischen Abgeordneten die Angehörigen der Mordopfer um Entschuldigung dafür, dass sie selbst ins Visier der Ermittler gerieten. Die Sicherheitsbehörden hätten beim Kampf gegen das NSU-Trio versagt. Individuelle Fehler und strukturelle Mängel haben Dachner zufolge eine rechtzeitige Aufklärung und ein früheres Ende der Mordserie verhindert. Reformen der Strukturen seien nötig, doch solle M-V diese nicht im Alleingang durchführen. Sie müssten sowohl im Bund als auch in den Ländern auf eine gesetzliche Basis gestellt werden. Nur so könnten Konkurrenzdenken und Überheblichkeit bei den einzelnen Behörden überwunden werden. „Nicht der Föderalismus ist schuld an der uneffektiven Arbeitsweise der Ermittlungsbehörden, sondern wie wir damit umgegangen sind“, betonte der Redner. Die Bevölkerung habe das Vertrauen in Polizei und Verfassungsschutz verloren. Jetzt es, dieses Vertrauen zurückzugewinnen.

Der NPD-Abgeordnete **Michael Andrejewski** bezeichnet den Antrag als „dreiste Verharmlosung“ für das „Totalversagen“ des Verfassungsschutzes. Der Geheimdienst gehöre – genau wie etliche andere Ermittlungsbehörden – abgeschafft, sagte der Redner. Rund elf Jahre lang hätten Sicherheitsbehörden und Politik die Mordserie der Organisierten Kriminalität zugerechnet. Seit 2011 würde behauptet, der „sogenannte NSU“ habe die Taten begangen. „Ich glaube das nicht“, sagte Andrejewski und bescheinigte auch dem Bundestags-Untersuchungsausschuss „Totalversagen“. Wichtige Fragen seien unbeantwortet geblieben. Zum Beispiel, wie ein Abiturient, ein Bauhelfer und eine Gärtnerin in der Lage gewesen seien, ohne „Anfängerfehler“ nahezu perfekte Verbrechen zu begehen. Das Trio hat seiner Meinung nach professionelle Hilfe gehabt. Sonst wäre es ihm nicht gelungen, elf Jahre unentdeckt zu bleiben. Zumal die „Szene“ Andrejewski zufolge mit „Spitzeln durchsetzt“ ist. Wem diese „Spitzel“ berichtet haben, sei vom Untersuchungsausschuss nicht geklärt worden.

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion **Wolf-Dieter Ringguth** distanzierte sich von seinem Vorredner. „Es ist perfide, was hier vorgetragen wurde, und eine Schande für das Land“, sagte er. Als ein wichtiges Signal für die Bevölkerung wertete Ringguth, dass die demokratischen Fraktionen mit dem Antrag eine gemeinsame Basis gefunden hätten für den Umgang mit dem NSU-Terror und miteinander nach Lösungen suchen. Wenn auch die Vorstellungen der einzelnen Fraktionen, wie eklatante Fehler künftig vermieden werden könnten, teilweise auseinander gingen. Die Erkenntnis jedoch, dass der Rechtsstaat nicht immer fehlerfrei agiert, und das Bedürfnis, Terror-Absichten künftig schon im Keim zu ersticken, eine die Antragsteller. Er verteidigte den Verfassungsschutz in M-V, dem in diesem Fall keine gravierenden Fehler nachzuweisen seien. Dennoch verschließe sich weder der Geheimdienst noch der Innenminister einer Fehlerana-



Improvisierte Gedenktafel für Mehmet Turgut, der im Februar 2004 in Rostock in einem Imbisscontainer von Unbekannten erschossen wurde. In Verdacht steht der Nationalsozialistischen Untergrund (NSU).

lyse bei der länderübergreifenden Zusammenarbeit noch Reformen. Bei den anstehenden Veränderungen warnte Ringguth jedoch vor Aktionismus. Die Qualität müsse im Vordergrund stehen.

Jürgen Suhr, Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, unterstrich ebenfalls die große Bedeutung eines gemeinsamen Beschlusses, um dessen Inhalt stark gerungen worden sei. Noch wichtiger als diese Willensbekundung sei es nun, Konsequenzen aus dem Ermittlungsskandal zu ziehen. Der Bericht des Untersuchungsausschusses weise auch auf Fehler in M-V hin. So habe der Bruder des Rostocker Mordopfers Mehmet Turgut den Ermittlern von einer fremdenfeindlichen SMS berichtet, die einem Familienmitglied während der Beerdigung gesandt worden sei. Dem seien die Ermittler aber nicht nachgegangen. Die Polizei hat Suhr zufolge bei einer Besprechung 2004 von Landesverfassungsschützern die Information erhalten, dass Drogen aus Rauschgift-Geschäften ursächlich für die Ermordung des 25-Jährigen gewesen seien. „Da kann man die Frage stellen, inwieweit dieser Hinweis dazu führte, dass in die falsche Richtung ermittelt wurde“, sagte Suhr. Um das Vertrauen in Behörden wie den Verfassungsschutz wieder herzustellen, sei ein „Mentalitätswechsel“ beim Geheimdienst erforderlich. Er regte unter anderem an, dass die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) – das Gremium des Landtages für die Geheimdienst-Kontrolle – künftig stärker die Öffentlichkeit suchen soll.

Die Forderung des Landtages, die parlamentarische Kontrolle der Verfassungsschutzbehörde zu stärken, lehnte Innenminister **Lorenz Caffier** ab. Der PKK des Landtages standen und stehen seinen Worten zufolge bereits bisher alle Informationen zur Verfügung. Gerade zum NSU-Komplex seien die Mitglieder umfassend informiert und Nachfragen beantwortet worden, sagte er. Caffier warb für mehr gegenseitiges Vertrauen. Der Landtagsantrag deute seines Erachtens auf eine grundsätzliche Skepsis gegenüber den Bediensteten im Verfassungsschutz hin. Diese sei nicht gerechtfertigt. Der Minister sagte weiter, viele der vom Land-

tag verlangten Reformschritte seien bereits eingeleitet oder stünden unmittelbar bevor. So gebe es bei der Polizei heute eine größere Sensibilität bei der Wahrnehmung und Bewertung politisch motivierter Kriminalität. Verfassungsschutz, Polizei und Justiz arbeiten Caffiers Worten zufolge im landesweiten Beratungsnetzwerk Demokratie und Toleranz mit freien Trägern zusammen. Der Minister sicherte zu, dass der Verfassungsschutz künftig noch mehr in die Öffentlichkeit gehen werde. Allerdings dürfe das den Kern seiner Arbeit nicht beeinträchtigen, sagte er. So sollen V-Leute auch künftig geschützt werden.

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/2346

Bundestags-Untersuchungsausschuss „Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“

Der Deutsche Bundestag hatte auf Antrag der Abgeordneten aller fünf Fraktionen am 26. Januar 2012 einen Untersuchungsausschuss zur Neonazi-Mordserie eingesetzt. Der Auftrag: einen Beitrag zur gründlichen und zügigen Aufklärung der Taten der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ zu leisten. Zudem sollten Schlussfolgerungen für Struktur, Zusammenarbeit, Befugnisse und Qualifizierung der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden und für eine effektive Bekämpfung des Rechtsextremismus gezogen und Empfehlungen ausgesprochen werden. Dem Gremium gehörten elf Abgeordnete des Deutschen Bundestages an. In 16 Monaten habe der Ausschuss einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung der Hintergründe und Zusammenhänge geleistet und Schlussfolgerungen für die zukünftige Arbeit der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden gezogen, heißt es im Vorwort des Bundestagspräsidenten Norbert Lammer zum Abschlussbericht. Die gewonnenen Erkenntnisse und die auf dieser Grundlage entwickelten Reform- und Verbesserungsvorschläge seien nun Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Ziel, jede Form von Extremismus oder Ausländerfeindlichkeit entschlossen zu bekämpfen.

Debatte über Agrarpolitik

Koalitions-Antrag findet auch
Zustimmung der Linken

Die Koalitionsfraktionen SPD und CDU haben am 13. November im Landtag zu einem breiten Dialog über die Ausrichtung der Agrarwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern aufgefordert. Dreh- und Angelpunkt der Debatte war der Mitte Oktober vorgelegte Bericht zum angestrebten „Masterplan Mensch und Land“. Der Agrarminister hat für die Erarbeitung dieser Strategie für die Land- und Ernährungswirtschaft eigens eine Perspektivkommission mit Fachleuten aus verschiedenen Bereichen eingesetzt. Einige Umweltverbände haben zwischenzeitlich die Mitarbeit in der Kommission eingestellt.

Der SPD-Abgeordnete **Thomas Krüger**, der den Antrag im Parlament begründete, forderte auch von den Umweltverbänden Kompromissbereitschaft. Im Masterplan könnten nicht Maximalforderungen verankert werden. „Er wird eher einen Handlungskorridor vorgeben“, sagte Krüger. Wer, wie die Grünen-Fraktion, von vornherein diesen wichtigen gesellschaftlichen Dialog torpediere, stelle sich selbst ins Abseits.

Der Agrarexperte der Linken **Prof. Dr. Fritz Tack** sieht schon in dem Prozess der gemeinsamen Ausarbeitung des Masterplans einen Wert an sich. Vertreter verschiedenster gesellschaftlicher Gruppierungen wie Landwirte, Umwelt-, Tier- und Verbraucherschützer sollten ihre Gedanken „über die Zukunft der wichtigsten Branche unseres Landes“ in die Strategie einbringen. Er hätte allerdings einen Antrag „Masterplan Mensch und Land weiterführen“ ambitionierter gefunden als den nun vorgelegten einfacheren „Masterplan Mensch und Land“. Die Linke jedenfalls unterstütze das Ansinnen.

Agrarminister **Dr. Till Backhaus** verteidigte ebenfalls den eingeschlagenen Weg. Der im Oktober vorgelegte Zwischenbericht zum Masterplan biete wichtige Ansätze. Und mit der Einigung der deutschen Agrarminister zur künftigen Verwendung der EU-Agrarfonds seien Mittelumschichtungen zugunsten von Ökolandbau und ländlichen Räumen gesichert. „Damit sind für unser Land zwei enorm wichtige Weichen gestellt worden, wie es im ländlichen Raum weitergehen kann“, erklärte Backhaus. Die Bauern in Mecklenburg-Vorpommern erhielten geringere Subventionen, dafür stünden für die Entwicklung des ländlichen Raums 90 Millionen Euro mehr zur Verfügung. „Ich werde das Geld vorrangig für Maßnahmen einsetzen, die der Weidehaltung, dem Grünland sowie dem Klima- und Umweltschutz dienen“, versicherte der Minister. Nach Ansicht der Grünen dagegen fehlen der SPD/CDU-Landesregierung Konzept und Mut für einen wirklichen Wandel in der Agrarwirtschaft des Landes. Die vom Minister eingesetzte Perspektivkommission für die Land- und Ernährungswirtschaft habe in ihrem Zwischenbericht keine konkreten Reformansätze liefern können. Eine grundlegende Analyse fehle, von Umweltverbänden und Wissenschaftlern angesprochene unbequeme Themen würden ausgeklammert. „Kritik darf nicht sein, alles soll weiterlaufen wie bisher“, sagte die Grünen-Abgeordnete **Dr. Ursula Karlowski**. „Im Antrag wird mit keiner Silbe erwähnt, dass ein wichtiger Teil der Akteure, nämlich unter anderem Umwelt- und Tierschutzverbände und die Evangelische Kirche, das vorliegende Dokument nicht mittragen können“, kritisierte sie zudem. Diese Interessenvertreter würden gegenwärtig selbst Schwerpunktthemen ausarbeiten, die bis Jahresende vorliegen sollen. „Diesen Bericht nicht abwarten zu können, empfinde ich als Schritt, der das Vertrauen in ein zukünftiges Miteinander schwächt“, sagte die Grünen-Politikerin.

Der CDU-Abgeordnete **Heino Schütt** widersprach seiner Vordrönerin. Ein breiter gesellschaftlicher Konsens sei nötig, um langfristig Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu sichern. Dazu gehöre es auch, Ideen für die gezielte Vermarktung regionaler Produkte und für die Forschung gemeinsam zu entwickeln. Hierfür seien Kompromisse nötig. Wer nur auf Maximalforderungen beharre, bringe den gesamten Masterplan zu Fall, kritisierte er.

Der NPD-Abgeordnete **Stefan Köster** wies bei der Ausarbeitung des Masterplans auf die starken Differenzen der Beteiligten hin. Die Forderungen seien zu unterschiedlich, um sie zusammenzubringen. Zudem sei bislang die gewünschte Beteiligung der Bürger ausgeblieben. Seine Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Der Antrag fand die Zustimmung von SPD, CDU und der Linken, deren Änderungsantrag in einem Punkt ebenfalls angenommen wurde. Ein Änderungsantrag der Grünen wurde abgelehnt.

Antrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/2347

Änderungsantrag DIE LINKE Drucksache 6/2373

Änderungsantrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/2375

Status- und Entwicklungsbericht zum Masterplanprozess unter:
www.mensch-und-land.de



Foto: Jens Büttner

Menschen und Tiere sollen sich in Mecklenburg-Vorpommern wohl fühlen.

Exportgut Gesundheitswirtschaft

Koalitionsfraktionen legen Antrag über Wachstumsbranche vor

Beträchtliche Wachstumspotenziale für die Gesundheitswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern liegen nach Überzeugung der Koalitionsfraktionen CDU und SPD im Ausland. Deshalb forderten sie die Landesregierung am 10. November auf, die internationale Vermarktung der Zukunftsbranche zu beschleunigen. So solle verstärkt auf bedeutsamen Messen für heimische Produkte und Dienstleistungen geworben werden.

Dietmar Eifler (CDU) wies bei der Begründung des Antrags auf die Ergebnisse der 9. Nationalen Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft im Juli in Rostock hin, die ebenfalls den Blick über die Landesgrenzen hinaus gefordert hatte. Bei schrumpfenden Binnenmärkten und sinkender Einwohnerzahl komme dem überregionalen Geschäft künftig noch größere Bedeutung zu, sagte er. „Mecklenburg-Vorpommern verfügt über ein großes wirtschaftliches Know-how, über hervorragende Einrichtungen und Unternehmen in der Gesundheitswirtschaft. Eine wahre Wachstumsbranche“, betonte Eifler. Deshalb ist seiner Ansicht nach der Einsatz der Landesregierung für mehr Internationalität notwendig. So müsse das Land auch im kommenden Jahr auf der Gesundheitswirtschaftsmesse Arab Health in Dubai vertreten sein. Wichtig seien auch Reisen von Delegationen des Wirtschaftsministeriums. Er nannte als Beispiele aus diesem Jahr den Austausch mit Gesundheitsexperten in Polen, Russland und Niederösterreich. „Es gilt weiterhin jede Chance zu nutzen, um auf die Potenziale des Landes aufmerksam zu machen“, forderte er.

Wirtschaftsminister **Harry Glawe** warb ebenfalls für eine Internationalisierung der Gesundheitswirtschaft. Das Exportgeschäft müsse noch erheblich ausgebaut werden. „Da haben wir noch Reserven“, sagte der Minister. Erfolgreiche Branchen mit Chancen auf internationalen Märkten sind Glawe zufolge unter anderem Biomedizin und Medizintechnik. Auch Gesundheitstourismus, gesunde Ernährung und gesundes Altern würden immer wichtigere Themen. „Ein großes Wachstum wird in den nächsten Jahren zudem auf dem zweiten Gesundheitsmarkt erwartet, also bei privat finanzierten Produkten und Dienstleistungen“, sagte der Minister. Er regte die Kliniken an, noch mehr für die Behandlung ausländischer Patienten zu tun. Pfunde, mit denen die Häuser wuchern könnten, seien neben der einzigartigen Natur auch landestypische Heilmittel wie Kreide, Sole und Moor. Der Ostseeraum biete vielfältige Möglichkeiten für Kooperationen, die laut Glawe noch nicht ausreichend genutzt werden. Sein Ministerium werde die Unternehmen dabei unterstützen, versprach er.



Foto: Jens Büttner

Helmut Holter, Fraktionschef der Linken, bezeichnete es als legitim für Redner der Koalition, auf Erfolge hinzuweisen. Der vorliegende Antrag aber lasse jede Substanz vermischen. „Welche Handlungsaufträge für die Landesregierung enthält er denn?“, fragte Holter. Im Landtag zu diskutieren, dass die Gesundheitswirtschaft eine hohe Bedeutung hat, sei wie Eulen nach Athen zu tragen. Seiner Meinung nach wäre eine Aussprache zu den Chancen der Gesundheitswirtschaft auf dem internationalen Markt sinnvoller gewesen. Dann hätte jede Fraktion ihre Auffassung in den Raum stellen können. So aber bleibe offen, was nun zu tun sei. Er verwies auf den „Masterplan Gesundheitswirtschaft Mecklenburg-Vorpommern 2020“. Dort werde die Einrichtung eines „Landesinstituts für Gesundheitswirtschaft“ angeregt, das sich mit der internationalen Vermarktung beschäftigen soll. Es gebe also bereits sowohl eine Strategie als auch Handlungsempfehlungen. Nun sei die Regierung am Zug. Holter forderte im Namen seiner Fraktion die Landesregierung auf, bis Mitte 2014 den Landtag über die ergriffenen Maßnahmen zu unterrichten.

Jochen Schulte (SPD) sagte dem Gesundheitsmarkt weltweit ein weiteres Wachstum voraus. Im Jahr 2030 werden Prognosen zufolge rund 8,3 Milliarden Menschen auf der Erde leben, ein Großteil davon in Entwicklungs- und Schwellenländern wie China. Gleichzeitig steigen seiner Überzeugung nach auch Anzahl der älteren Leute sowie Kaufkraft in diesen Regionen – und damit auch die Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheit. Auch sogenannte Wohlstandskrankheiten wie Diabetes würden zunehmen. Darin liegt seinen Worten nach ein großes Potenzial. „Der Exportanteil der Gesundheitswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern ist deutlich steigerungsfähig“, betonte er. Als Krankenhaus- und Pflegestandort habe der Nordosten bundesweit bereits jetzt hohe Bedeutung. Aber der industrielle Bereich der Gesundheitswirtschaft stagniere oder sei gar rückläufig. Deshalb müsse das Land innovative Unternehmen weiter fördern. Kleineren Unternehmen empfahl er Kooperation statt Konkurrenz, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen.

Auch **Jutta Gerkan** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bezeichnete den Antrag als „flach“ und wenig konkret. „Er ist so dünn, das er nicht mal für einen Änderungsantrag taugt“, sagte sie. Sie stimme mit den Koalitionsfraktionen überein, dass immer mehr Menschen immer mehr Geld für die Gesundheit ausgeben und der Markt für die Gesundheitswirtschaft wachse. „Besonderen Wert legen wir Bündnisgrüne jedoch auf die Prävention. Zudem ist uns wichtig, dass der Solidargedanke in der Gesundheit erhalten bleibt“, betonte sie. Bei den internationalen Kontakten müsse M-V vor allem den Ostseeraum im Blick haben. Ab der neuen EU-Förderperiode 2014 stehen für „Healthy Aging“ 450 Millionen Euro zur Verfügung. „Es lohnt sich für Deutschland und M-V, in diesem Bereich grenzüberschreitend aktiv zu werden.“ Ihre Fraktion werde dem Änderungsantrag der Linken zustimmen – und auch dem Koalitionsantrag, da er zumindest niemandem schade.

Mit dem Antrag sollte dem Wirtschaftsminister eine Bühne gegeben werden, vermutete der NPD-Abgeordnete **Stefan Köster**. Auch die NPD sieht Köster zufolge in der Gesundheitswirtschaft einen wichtigen Wachstumsfaktor. Allerdings trügen im Tourismus und in der Gesundheitswirtschaft niedrige Löhne zum Erfolg dieser Branchen bei. „Der Erfolg geht zulasten der Arbeitnehmer“, sagte Köster. „Alle Beschäftigten müssen endlich anständig und gerecht entlohnt werden.“ Seine Fraktion stimme dem Antrag zu.

Die Landesregierung könne Türen für das Exportgeschäft öffnen und tue dies bereits, sagte **Bernd Schubert** (CDU). Er nannte als Beispiel das Klinikum Karlsburg, das sich auf Diabetes und Herzkrankheiten spezialisiert habe und bereits international einen guten Ruf genieße. Das habe sich auf Fachmessen, zum Beispiel in Dubai, gezeigt. Im arabischen Raum leide rund ein Viertel der erwachsenen Bevölkerung an Diabetes, wie Schubert sagte. „Wir können diesen Menschen helfen. Dafür müssen wir aber auf unser Know-how aufmerksam machen“, betonte der Abgeordnete. Auch mit dem Hamburger „Servicezentrum Gesundheitswirtschaft“, an dem sich das Land laut Schubert in Dubai beteiligt, könne sich M-V im arabischen Raum ins Gespräch bringen. „Das erleichtert die Chancen hiesiger Firmen für die Investorenakquise und den Markteintritt.“ Auch das hochmoderne Klinikum der Universität Greifswald und verschiedene Initiativen aus der Verbundforschung seien international ausgerichtet. Er forderte die Landesregierung auf, die Gesundheitswirtschaft weiter mit Exportinitiativen zu unterstützen.

Zahlen und Fakten

Seit 1990 wurden in Mecklenburg-Vorpommern mehr als zwei Milliarden Euro in die Gesundheitswirtschaft investiert. Aktuell sind in der Branche landesweit fast 100.000 Arbeitnehmer beschäftigt. Die Bruttowertschöpfung in M-V liegt mit 13,6 Prozent über dem Bundesdurchschnitt von 11,1 Prozent. In keinem der neuen Bundesländer ist der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in der Branche mittlerweile so hoch wie in Mecklenburg-Vorpommern.

Am Ende der Debatte nahmen die Fraktionen von CDU, SPD und der NPD sowie einige Mitglieder der Grünen den Koalitionsantrag an. DIE LINKE und weitere der Grünen-Abgeordneten enthielten sich der Stimme. Der Änderungsantrag der Linksfraktion fand nur die Zustimmung der Oppositionsfraktionen und wurde somit mehrheitlich abgelehnt.

Antrag CDU/SPD-Koalition Drucksache 6/2348

Änderungsantrag DIE LINKE Drucksache 6/2379

Altschuldenfrage offen

Linke scheitert mit Antrag für weitere Entlastung kommunaler Wohnungsunternehmen

Auf ostdeutschen Wohnungsunternehmen lasten bis heute Kredite aus DDR-Zeiten. Der Bund hat in den zurückliegenden Jahren helfend eingegriffen. Doch zum Jahresende läuft die milliardenschwere Altschuldenhilfe aus. Die Oppositionsfraktion DIE LINKE hat deshalb am 15. November im Landtag eine Anschlussregelung gefordert. Das Landeskabinett solle gemeinsam mit den Regierungen der anderen ostdeutschen Länder beim Bund auf eine endgültige Klärung der Altschuldenfrage drängen, hieß es in dem Antrag.

„Die Altschuldenfrage ist weiter offen“, sagte **Regine Lück** (DIE LINKE), die den Antrag ihrer Fraktion begründete. Der Bund setze das Hauptaugenmerk auf die Städtebauförderung und vernachlässige dabei das Thema Altschulden. Jedoch müsse vor allem die Kostenbelastung durch leerstehende Wohnungen und notwendigen Abriss weiterhin reduziert werden. „Ohne Lösung der Altschuldenfrage wird der Stadtumbau gebremst und sind Wohnungsunternehmen, insbesondere in ländlichen Räumen, in ihrer Existenz gefährdet“, mahnte Regine Lück. Die Altschulden schlugen mit etwa 55 Euro je Quadratmeter zu Buche, auch bei Leerstand. Insgesamt werde die Altschuldenlast aus den vergangenen 23 Jahren auf rund 7,5 Milliarden Euro geschätzt. Allein das städtische Wohnungsunternehmen im mecklenburgischen Friedland sei mit mehr als drei Millionen Euro Altschulden belastet. Aus eigener Kraft schaffe die Stadt den Weg aus der Schuldenfalle nicht, nannte Regine Lück ein Beispiel.

Nach Ansicht von Wirtschaftsminister **Harry Glawe** stehe die Wohnungswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern auf sicherem Fundament und bedarf daher keiner generellen Entlastung von Altschulden. Gut 80 Prozent der Wohnungsunternehmen würden Gewinne erwirtschaften. In den beiden Vorjahren seien landesweit jeweils 280 Millionen Euro in Modernisierung und Instandsetzung investiert worden. Dies zeuge von einer „gesunden Branche“, sagte der Minister.



Modernisierter Plattenbau – anderen Blöcken droht wegen Leerstand der Abriss.

Foto: Jens Büttner

Er verwies darauf, dass der Stadtumbau auch dank Bundeshilfe gut vorangekommen sei und viele Unternehmen Teile des Gewinns zur Tilgung der Altschulden genutzt haben. Eine Anschlussregelung könne nicht darin bestehen, dass der Bund sämtliche noch bestehende Altschulden begleiche. Doch wolle er sich weiter beim Bund dafür einsetzen, dass der Stadtumbau Ost unterstützt wird und die Wohnungsunternehmen aktiv daran teilnehmen können.

Jutta Gerkan, wohnungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, signalisierte Zustimmung zu dem Antrag. Er komme genau zum richtigen Zeitpunkt. „Es liegt jetzt in den Händen der ostdeutschen Verhandlungsführer, in den aktuellen Koalitionsverhandlungen eine Anschlussregelung für die Altschuldenhilfe über das Jahr 2013 hinaus zu fordern“, betonte sie. Allerdings gehe ihre Fraktion im Gegensatz zur Linken davon aus, dass es bereits eine deutliche Teilentlastung gegeben habe. Dennoch sei das Altschulden-Problem noch nicht gelöst. „In Schrumpfungsbereichen sind die Wohnungsunternehmen am stärksten mit Altschulden belastet, und gerade in diesen Gebieten erzielen sie nur einen geringen Mietzins. Das ist ein Teufelskreis.“ Wer nur geringe Einnahmen erzielt, könne auf Dauer auch seine Altschulden nicht bedienen. Das verhindere auch Investitionen für die energetische Sanierung oder barrierefreies Wohnen.

Der SPD-Abgeordnete **Rainer Albrecht** sicherte zu, dass sich die Landesregierung gemeinsam mit den anderen ostdeutschen Ländern für Anschlussregelungen einsetzt. Bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin hätten sich Union und SPD bereits darauf geeinigt, das Programm „Soziale Stadt“ wieder von 40 auf 150 Millionen Euro aufzustocken. Der Abriss überzähliger Wohnungen koste Geld. Wegen des Bevölkerungsrückgangs müsse in den kommenden Jahren mit 400.000 leerstehenden Wohnungen in den neuen Ländern gerechnet werden. Seine Partei werde auch auf Bundesebene auf das Problem reagieren und zeitnah Lösungen an-

bieten. Auch die Landesregierung sei bereits weiter, als die Linke Glauben machen wolle. „Der Antrag ist nicht nötig“, kündigte er die Ablehnung seiner Fraktion an.

Auf den kommunalen Wohnungsunternehmen lastet **Tino Müller** (NPD) zufolge ein hoher Schuldenberg. Der Steuerzahler habe bereits einen Teil davon abgetragen. Doch hätten auch private Unternehmen auf dem Wohnungsmarkt unter hohen Schulden zu leiden. Der Linken warf er vor, mit dem Antrag zur Planwirtschaft zurückkehren zu wollen. Die private Konkurrenz würde benachteiligt werden. Beide Seiten der Wohnungswirtschaft müssten aber gleichermaßen entlastet werden. Er forderte, stattdessen Zinswucher zu untersagen und eine „konsequente Familienpolitik“ umzusetzen, damit die Nachfrage nach Wohnungen steige.

„Die Landesregierung handelt bereits. Einer Aufforderung der Linken bedarf es dafür nicht“, sagte der CDU-Abgeordnete **Wolfgang Waldmüller**. Auch er wies auf eine erhebliche Verbesserung der Wohnverhältnisse der ostdeutschen Bürger seit dem Mauerfall hin. Dazu haben seiner Meinung nach auch das Altschuldenhilfegesetz von 1993 und das Programm „Stadtumbau Ost“ beigetragen, das 2002 aufgelegt wurde. Wohnungsunternehmen aus den neuen Ländern seien bislang um etwa die Hälfte ihrer aus DDR-Zeiten stammenden Schulden entlastet worden. Er betonte, dass der CDU eine gemischte Struktur auf dem Wohnungsmarkt wichtig sei. Er nannte die drei Säulen kommunales, genossenschaftliches und privates Wohnungseigentum.

Der Antrag fand die Zustimmung Linken und der Grünen, scheiterte aber an der Mehrheit der Koalitionsfraktionen SPD und CDU. Auch die NPD-Fraktion lehnte ihn ab.

Antrag DIE LINKE Drucksache 6/2335

Weitere Beschlüsse des Landtages

Flexibilität bei Stichwahlen

Für Stichwahlen in Kreisen, Städten und Gemeinden Mecklenburg-Vorpommerns gilt künftig nicht mehr die strikte Zweiwochenfrist. Der Landtag beschloss am 15. November dazu eine Änderung des Landes- und Kommunalwahlgesetzes. Demnach kann der zweite Wahlgang für Bürgermeister und Landräte auf Beschluss um weitere zwei Wochen nach hinten verlegt werden. So soll verhindert werden, dass die Entscheidung für die Besetzung der Ämter an Feiertagen – und damit möglicherweise bei geringer Wahlbeteiligung – herbeigeführt wird.

Die Kommunalwahl im kommenden Jahr wird am 25. Mai und damit zwei Wochen vor Pfingsten stattfinden. Wenn keiner der Bürgermeisterkandidaten im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreicht, hätte die Stichwahl nach der alten Rechtslage zwingend am Pfingstsonntag stattfinden müssen. Das neue Gesetz ermöglicht größere Flexibilität bei der Terminfestlegung.

Drucksache 6/2332

Ausschüsse beraten nicht öffentlich

Die Grünen sind mit ihren Plänen gescheitert, über eine Verfassungsänderung Ausschusssitzungen im Landtag künftig generell öffentlich zu machen. Die Oppositionsfraktion begründete den Vorstoß am 13. November mit mehr Transparenz in der Parlamentsarbeit. Die Bürger hätten ein Recht zu erfahren, wie sich politische Meinungsbildung vollziehe. Zudem würden mit der Öffentlichkeit der Ausschussarbeit die Kontrollmöglichkeiten verbessert. In neun der 16 Bundesländer seien Sitzungen der Landtagsausschüsse öffentlich.

Die Initiative wurde mit den Stimmen der Regierungsparteien SPD und CDU zurückgewiesen. Die Landesverfassung sei ein hohes Gut, Änderungen daran müssten auf das Notwendigste beschränkt bleiben.

Drucksache 6/2350

Anpassung der Beamtenbezüge

Im Frühjahr 2013 hatten sich die Tarifparteien in den Ländern über die Anpassung der Tarifverträge für die Jahre 2013 und 2014 geeinigt. Auf Vorschlag der Landesregierung hat der Landtag am 13. November diese Einigung auch für die Bezieherinnen und Bezieher von Dienst-, Anwärter-, Versorgungs- und Amtsbezügen nachvollzogen und einer entsprechenden Anpassung der Beamtenbezüge zugestimmt. Das Parlament beschloss mit den Stimmen von SPD und CDU das neue Besoldungsgesetz. Danach steigen die Beamtenbezüge im Nordosten rückwirkend zum 1. Juli 2013 um zwei Prozent und zusätzlich 25 Euro pro Monat. Für Beamtenanwärter tritt an die Stelle der linearen Anpassung 2013 eine Erhöhung der Bezüge um einheitlich 50 Euro. Auch in den Jahren 2014 und 2015 wird es Einkommenszuwächse von jeweils zwei Prozent für die rund 14.000 Landes- und 2.100 kommunalen Beamten geben.

Drucksachen 6/2113 und 6/2353

Verbeamtung bis 40 Jahre

Die oppositionelle Linke fand für ihren Antrag, auf die geplante Absenkung des Höchstalters für Verbeamtungen zu verzichten, am 13. November keine Unterstützung.

Die Finanzministerin hatte angekündigt, in einer Verordnung das Höchstalter von jetzt 45 auf künftig 40 Jahre zu begrenzen. Die Linksfraktion sieht in der Änderung vor allem eine Benachteiligung von Lehrern. Als eines der letzten Bundesländer beginnt Mecklenburg-Vorpommern damit, Pädagogen zu verbeamten. Davon würden jedoch nur junge Lehrer profitieren, nicht aber solche, die schon länger im Dienst seien und in Jahren des Personalüberhangs solidarisch auf Stunden und damit Einkommen verzichtet hätten, hieß es im Antrag. Die Ablehnung wurde mit hohen Versorgungslasten begründet.

Drucksache 6/2333

Südliche Ostsee entwickeln

Der Landtag stimmte am 13. November der Resolution des 11. Parlamentsforums Südliche Ostsee zu. Das mehrseitige Papier enthält unter anderem Beschlüsse zur Tourismusentwicklung, zum Ausbau der erneuerbaren Energien und zur umweltfreundlichen Meerespolitik in der Region. Die Konferenz, der Delegierte der Länderparlamente aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, der polnischen Sejmiks Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren sowie der Kaliningrader Gebietsduma der Russischen Föderation angehören, tagte im Juni in Schwerin. Den Antrag hatten die Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeinsam in den Landtag eingebracht.

Drucksache 6/2345

Linksfraktion ist umgezogen

Mit dem Beginn der Bauarbeiten für die Grundsanierung des Schlossgartenflügels und den Neubau eines Plenarsaals ist die Fraktion DIE LINKE für die Dauer der Bauzeit aus dem Schweriner Schloss ausgezogen. Da sich die Abgeordnetenbüros und die Fraktionsräume in dem Bereich der künftigen Bauarbeiten befinden, wäre dort ein ungestörtes Arbeiten nicht möglich. Die Büros der Abgeordneten und der Fraktionsgeschäftsstelle befinden sich jetzt im ehemaligen IHK-Gebäude in der Schweriner Puschkinstraße 64 (Ecke Schloßstraße).

Zudem stehen der Fraktion Räume im Schloss zur Verfügung, um z.B. an Plenarsitzungstagen direkt vor Ort sein zu können.

Alle Telefonnummern und E-Mail-Adressen sind unverändert. Auch die Adresse für Briefpost ist nach wie vor das Schweriner Schoss.



Anhörung am 19. November im Finanzausschuss zum Finanzausgleichsgesetz.

Foto: Landtag M-V

Kommunalfinanzen

Innenausschuss berät mit kommunalen Landesverbänden

Das Finanzausgleichsgesetz enthält Regelungen, die immer wieder hinsichtlich ihrer Verteilungswirkung und Angemessenheit zu prüfen sind. So standen nunmehr unter anderem die Verteilung der Finanzaufweisungen zwischen Land und Kommunen, die Verteilung der Teilschlüsselmasse und der Zuweisungen für die Wahrnehmung der Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises auf dem Prüfstand. Der Innenausschuss befragte am 19. November die kommunalen Landesverbände zu ihrer Einschätzung der Finanzsituation der Kommunen und zur geplanten FAG-Novelle.

Der Geschäftsführer des Landkreistages M-V e. V. Jan Peter Schröder sprach von einer massiven Verschlechterung der Finanzausstattung der Landkreise. Er erklärte: „Vor dem Hintergrund ist es gemeinsame Forderung der beiden kommunalen Spitzenverbände, bis zum 1. Januar 2016 eine grundlegende Neuausrichtung des FAG zu erreichen, um dem Ziel einer aufgabengerechten und dauerhaft auskömmlichen Finanzausstattung endlich Rechnung zu tragen.“

Der Staatssekretär im Innenministerium Thomas Lenz betonte, dass mit dem vorgelegten Entwurf nur die notwendigen Anpassungen vorgenommen würden. Eine grundsätzliche Änderung der Finanzverteilung erfolge hier nicht.

Thomas Deiters, stellvertretender Geschäftsführer des Städte- und Gemeindetages M-V e. V., kritisierte insbesondere die Erhöhung der Kosten für die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises. „Es geht nicht nur um eine grundlegende Novelle, sondern konkret auch um die Frage, wie die Kostensteigerungen im übertragenen Wirkungskreis finanziert werden. Das ist eine ganz wesentliche Änderung“, so Deiters. Er appellierte an die Landespolitik, in der politischen Diskussion Folgendes zu berücksichtigen: „Wir brauchen hier im Land ein gutes Gerüst, wir brauchen leistungsfähige zentrale Orte, das heißt Oberzentrum, Mittelzentrum und vor allen Dingen auch Grundzentren, um letztendlich die öffentlichen Daseinsvorsorgeleistungen in erreichbarer Nähe für die Bürger sicherstellen zu können.“

Das Innenministerium sagte vor dem Hintergrund eines in Auftrag zu gebenden Gutachtens zur Frage der vertikalen und horizontalen Finanzverteilung und der Ausstattung der Kommunen Ergebnisse noch in dieser Legislaturperiode zu. Der Innenausschuss beriet den Gesetzentwurf abschließend am 28. November, sodass die zweite Lesung voraussichtlich noch im Dezember stattfinden wird.

Lehrerbildung

Öffentliche Anhörung im Bildungsausschuss

Im Rahmen einer öffentlichen Anhörung hat der Bildungsausschuss den Entwurf zur Änderung des **Lehrerbildungsgesetzes mit Vertretern der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, des Zentrums für Lehrerbildung und Bildungsforschung und des Verbandes Bildung und Erziehung diskutiert. Weitere drei Sachverständige reichten schriftliche Stellungnahmen ein.**

Einstimmig begrüßten die Sachverständigen die Absicht, in anderen Bundesländern erworbene Lehramtsabschlüsse in Mecklenburg-Vorpommern anzuerkennen. Kontrovers diskutiert wurde insbesondere die Problematik der Seiteneinsteiger. Das Problem besteht darin, einerseits dem drohenden Lehrermangel entgegenzuwirken, andererseits aber die Einhaltung der von der Kultusministerkonferenz (KMK) festgelegten Standards sicherzustellen. Die Experten forderten eine umfassende Qualifizierung der Seiteneinsteiger, insbesondere in Methodik und Didaktik. Weitere Diskussionsschwerpunkte waren die Langzeitpraktika, die Streichung von Studieninhalten, die künftige Stellung des Zentrums für Lehrerbildung und Bildungsforschung bei Lehreraus- und -weiterbildung und die Mentorentätigkeit im Rahmen der Referendarausbildung.

Die Anhörung wurde in den Arbeitskreisen der Fraktionen ausgewertet. Diese legten ihre Schlussfolgerungen dem Bildungsausschuss in Form von Änderungsanträgen vor, die dieser am 27. November diskutierte. Die Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses an den Landtag soll nun in der Sitzungswoche im Dezember beraten werden.



Der Energieausschuss informierte sich an der FH Stralsund über praxisorientierte Energieforschung.

Foto: Landtag M-V

Praxisorientierte Energieforschung

Energieausschuss besucht Fachhochschule Stralsund

Bei seinem Besuch an der Fachhochschule Stralsund am 6. November informierte sich der Energieausschuss über energierelevante Forschungsschwerpunkte und deren Perspektiven sowie sich über Probleme, wie die wissenschaftliche Forschung im Land unter den gegebenen Rahmenbedingungen weiterentwickelt werden kann. In diesem Zusammenhang war es für den Ausschuss auch interessant zu erfahren, wie die Hochschule mit gewerblichen Unternehmen und der Industrie zusammenarbeitet.

Im Gespräch mit dem Rektor der Hochschule sowie den Fachbereichsleitern für Elektrotechnik und Maschinenbau wurden neben dem derzeitigen Forschungsstand vor allem die Entwicklungsziele und Technologiepotenziale auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien erörtert. An der Fachhochschule beschäftigt man sich in mehreren übergreifenden Forschungsbereichen mit Energieeffizienz, Energiesystemen und -anlagen sowie mit Wasserstofftechnologien und alternativen Antriebstechniken.

Im Fokus standen zum einen der weitere Ausbau der Verbundforschung sowie die Kooperation mit Universitäten und Hochschulen im Land und darüber hinaus. Zum anderen ging es um den Stand und die Entwicklung von Finanz- und Personalkapazitäten der Fachbereiche vor Ort. Ziel müsse es sein, Forschung und Lehre im Bereich erneuerbare Energien in Mecklenburg-Vorpommern auf eine breitere Basis zu stellen, so der allgemeine Tenor der Debatte.

Im Anschluss an die Sitzung präsentierten die Hochschulvertreter den Abgeordneten bei einem Rundgang hochschuleigene Forschungsanlagen – insbesondere für Wasserstofftechnologien – sowie das Komplexlabor „Alternative Energien“.

EU-Politik

Regionen gegen „Durchregieren“ der EU

Am 28. und 29. November hat sich der EU-Ausschuss der Regionen (AdR) in Brüssel mit einer Reihe landespolitisch wichtiger Themen befasst. Die Interessen Mecklenburg-Vorpommerns vertrat dabei Detlef Müller, Vorsitzender des Europa- und Rechtsausschusses des Landtages.

Einen Schwerpunkt der Beratungen bildeten die Landwirtschaftspolitik und der Verbraucherschutz. Es ging um die staatlichen Beihilfen für Fischerei und Aquakultur, die strategischen Leitlinien für die nachhaltige Entwicklung der Aquakultur in der EU und die staatlichen Kontrollen im Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit sowie der Tiergesundheit. Hier setzte sich der AdR klar für einen dezentralen Ansatz ein, gegen das „Durchregieren“ der EU in die Regionen ohne Beteiligung der Landesebene. Auch sollen Kleinstunternehmen von Gebühren befreit und damit entlastet werden, erklärt **Detlef Müller** zum Abschluss der Beratungen.

Den Plänen der EU-Kommission, die staatliche Förderung von Flughäfen mit einem Passagieraufkommen, das den aktuellen Passagierzahlen in Rostock-Laage entspricht, zu limitieren, erteilte der AdR eine klare Absage.

Auf der Agenda stand auch die für M-V wichtige EU-Hafenpolitik. Hier verlange der AdR von der EU-Kommission eine Reihe von Nachbesserungen, so Müller. Den europäischen Regionen müsse bei der Umsetzung der europäischen Vorgaben Spielraum bleiben. Auch das Ausbaggern, Festmachen, die Lotsen- und Schleppdienste sollten nicht von den Vorgaben des EU-Rechts umfasst werden, da sie der Sicherheit und dem Umweltschutz dienen. Dies könne angesichts lokaler Besonderheiten regional besser geregelt werden.

Ebenfalls beraten wurde zur europäischen Förderpolitik. Das Land koordiniert im Rahmen der EU-Ostseestrategie federführend den Tourismusbereich. Hier hat Detlef Müller sich erfolgreich mit einem Änderungsantrag dafür eingesetzt, dass der AdR nun eine eigenständige Finanzierung solcher Koordinierungsfunktionen durch die Europäische Union verlangt.

Soziale Wohnraumförderung

Anhörung im Wirtschaftsausschuss

Im Rahmen seiner Beratungen zum Doppelhaushalt 2014/2015 führte der Wirtschaftsausschuss am 2. Oktober eine nicht öffentliche Anhörung durch, an der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft mecklenburgisch-vorpommerscher Wohnungsunternehmen e. V., des Landesverbandes des Deutschen Mieterbundes e. V., des Landesverbandes der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V., der Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH, des Studentenwerkes Greifswald und des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen e. V. teilnahmen.

Die Sachverständigen schätzen den Wohnungsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern im Allgemeinen als ausgeglichen ein, allerdings gebe es in bestimmten Segmenten eine Knappheit. Insbesondere in großen Städten und touristischen Zentren könne der Bedarf nicht gedeckt werden. Mit Blick auf die demografische Entwicklung sei festzustellen, dass für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen nicht ausreichend geeigneter Wohnraum zur Verfügung stehe und Teile des Wohnungsmarktes der demografischen Entwicklung angepasst werden müssten. Als Anreiz zur Schaffung von Wohnraum solle eine attraktive Förderung in Aussicht gestellt werden, vor allem in Form von Zuschüssen, damit die Förderung auch im mittleren Preissegment greifen könne. Die Förderung der Sanierung und des Neubaus von Studentenwohnungen solle ebenfalls nur in Form eines nicht zurückzahlenden Zuschusses erfolgen. Aufgrund der derzeitigen niedrigen Kapitalmarktzinsen hätten insbesondere Darlehensprogramme des Landes an Attraktivität und Förderwirkung verloren.

EU-Mittelstandspolitik

Wirtschaftsausschuss informiert sich in Brüssel

Vom 16. bis 18. Oktober informierte sich der Wirtschaftsausschuss im Brüssel über die thematischen Ziele der neuen EFRE-Förderperiode 2014 bis 2020. Im Mittelpunkt der Gespräche mit Abgeordneten des EU-Parlaments, Vertretern der EU-Kommission und des Ausschusses der Regionen sowie des Informationsbüros des Landes Mecklenburg-Vorpommern stand neben den Themen Meeres- und Energiepolitik vor allem die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen.

Die zentrale Politikinitiative der EU zur Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sei der Small Business Act, in dem sich der Wille der EU-Kommission widerspiegeln, die herausragende Rolle der KMU für die europäische Wirtschaft anzuerkennen und einen gemeinschaftlichen Handlungsrahmen für die KMU-Politik zu schaffen. Etwa 99 von 100 EU-Unternehmen seien KMU (M-V: 99,6 Prozent). KMU bildeten damit das wirtschaftliche Rückgrat der EU und beeinflussten maßgeblich Wettbewerbsfähigkeit sowie Dynamik der europäischen Wirtschaft. Der deutsche KMU-Sektor sei einer der am schnellsten wachsenden in der gesamten EU, die Bedingungen für diese Unternehmen seien in praktisch allen politischen Bereichen besser als im EU-weiten Durchschnitt. Der einzige Problembereich sei die Förderung des Unternehmertums. Das Potenzial der KMU werde noch von einer Vielzahl bürokratischer Hürden stark eingeschränkt. Ziel der EU-Kommission sei, den Verwaltungsaufwand für KMU um 25 Prozent zu senken und die Gründung neuer Unternehmen attraktiver zu machen.

Sozial- und Gesundheitswesen

Arbeitsgruppe der Ostseeparlamentarierkonferenz beriet in Riga

Der Landtagsabgeordnete Wolfgang Waldmüller vertrat Mecklenburg-Vorpommern am 4. November bei der 1. Sitzung der Arbeitsgruppe „Innovationen im Sozial- und Gesundheitswesen“ der Ostseeparlamentarierkonferenz in Riga. Parlamentarier der Ostseeanrainerstaaten berieten über aktuelle Herausforderungen im Bereich des Sozial- und Gesundheitswesens.

Die Themen der Arbeitsgruppe entsprechen den landespolitischen Schwerpunkten auf diesem Gebiet. Als Experte war auch Thomas Koropka vom BioCon Valley Mecklenburg-Vorpommern e. V. geladen, der in seiner Präsentation die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft bei Innovationen im Sozial- und Gesundheitsbereich unterstrich.



Wolfgang Waldmüller (links) mit dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Raimonds Vējonis

Foto: Landtag M-V

Die Arbeitsgruppe war auf der 22. Ostseeparlamentarierkonferenz (25. – 27. August 2013 in Pärnu/Estland) ins Leben gerufen worden. Angesichts des demografischen Wandels im Ostseeraum hat sie sich zur Aufgabe gemacht, in den kommenden zwei Jahren die Herausforderungen zu identifizieren und zu untersuchen, mit welchen innovativen Lösungen darauf im Sozial- und Gesundheitswesen reagiert werden kann. Daraus wird sie politische Handlungsempfehlungen für die Jahreskonferenzen der Ostseeparlamentarier erarbeiten.

Wolfgang Waldmüller wurde zu einem stellvertretenden Vorsitzenden der Arbeitsgruppe gewählt.

Windenergie in M-V

Landtagsausschüsse vor Ort

Am 27. November tagten der Energie- und der Wirtschaftsausschuss des Landtages gemeinsam in Groß Schwiesow (Landkreis Rostock).

Die Abgeordneten tauschten sich hier mit Vertretern des Bundesverbandes Windenergie, der Gesellschaft für Wirtschafts- und Technologieförderung mbH (Rostock Business) sowie des Wind Energy Network e. V. zum Thema Windenergie in M-V aus. Die Beratung habe gezeigt, dass Mecklenburg-Vorpommern bei der Windkraftnutzung einen guten Weg beschritten hat, sagte Ausschussvorsitzender **Rudolf Borchert**. Potenzielle Investoren müssten aber langfristige Planungssicherheit erhalten, und beim Neubau von Windkraftanlagen müsse die Bevölkerung vor Ort rechtzeitig und umfassend beteiligt werden. „Nur dann werden die Bürgerinnen und Bürger die Energiewende akzeptieren“, betonte Borchert.



Foto: Landtag M-V

Zum Vor-Ort-Termin gehörte auch die Besichtigung einer Windkraftanlage.

Gemeinsam handeln

8. Altenparlament will auch Generationen-Dialog

Die Jugend hat schlechte Manieren und keinen Respekt vor dem Alter? Alte Leute finden sowieso nur gut, was früher war, und Neues von vornherein schlecht? Vorurteile! Die kann am besten aus dem Weg räumen, wer miteinander redet. Das wollen Seniores und junge Leute in Mecklenburg-Vorpommern nun intensiver tun.

Einen „Dialog der Generationen“ hat Andreas Beck vom Landesjugendring als Gastredner dem Altenparlament vorgeschlagen, das am 20. November im Plenarsaal des Schweriner Schlosses tagte. Schließlich ärgern sich junge Leute und Senioren gleichermaßen, wenn auf dem Dorf der Bus zu selten fährt oder das Internet zu langsam ist. „Da muss es doch Lösungen geben“, findet Beck und schlägt vor: „Lasst uns gemeinsam handeln.“

Ein Angebot, das die 71 Delegierten des 8. Altenparlaments eigenem Bekunden nach gern annehmen und das auch Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** besonders würdigt. Mit der Einladung an den Landesjugendring hätten die Mitglieder des Altenparlaments etwas Grundsätzliches deutlich gemacht, nämlich: „dass Sie nicht nur Verantwortung für Ihre Generation übernehmen wollen, sondern dass Sie auch darum bemüht sind, dass jüngere Generationen von Ihrem Engagement profitieren“, sagte die Landtagspräsidentin. In diesem Zusammenhang nannte sie auch die Resolution für sozialverträgliches Wohnen, die von der Tagung an die Politik ging. „Mieten und Energiekosten für alle Generationen bezahlbar gestalten“, fordern die Delegierten der 37 Seniorenverbände darin von Landtag und Landesregierung. Eine „soziale und altersgerechte Wohnungsbaupolitik“ solle aktiv gefördert werden. „Der Verkauf von kommunalen Wohnungen an Wohnungsunternehmen oder Eigentümer ist umgehend zu stoppen, und die Chancen auf einen Rückkauf von in der Vergangenheit verkauften Wohnungen sind zu prüfen“, verlangen die Seniorenvertreter.

In Mecklenburg-Vorpommern sei der demografische Wandel schon weit fortgeschritten, sagte die Vorsitzende des Landesseniorenbeirates und Präsidentin des Altenparlaments **Brigitte Paetow**. Deshalb sei auch der Zeit- und Entscheidungsdruck für Veränderungen größer als in Nachbarländern. Dabei spiele auch das Altenparlament eine große Rolle, dessen Anregungen unter anderem in das „Seniorenmitwirkungs-gesetz“ des Landes einfließen. Über die Erfahrungen aus M-V habe sie inzwischen auch vor Seniorenorganisationen in Sachsen und in Schweden berichtet.

Diesmal berieten die Delegierten Themen wie eine höhere Mobilität im ländlichen Raum, zielgerichtete Sportangebote sowie einer bessere Gesundheitsversorgung für ältere Leute. So gebe es pro 10.000 Einwohner über 65 Jahre im Nord-



Vertreterinnen und Vertreter von Seniorenvereinen und -verbänden berieten im Plenarsaal des Landtages.

osten nur halb so viele Geriatrie-Betten in Krankenhäusern und Reha-Kliniken wie im Bundesdurchschnitt, kritisierten die Seniorenvertreter. „Die geriatrische Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern ist kurzfristig (...) mindestens auf den Bundesdurchschnitt zu heben“, heißt es in einem Leitantrag, den sie nach den Beratungen verabschiedeten. Darin wird auch eine Ausweitung der Mediziner-Ausbildung um das Fachgebiet Geriatrie verlangt, damit die speziellen Krankheiten alter Menschen besser behandelt werden.

Wichtigstes Ziel der Seniorenvertreter ist es, die Pflegebedürftigkeit alter Menschen so lange wie möglich zu vermeiden. Darauf zielt auch die Forderung nach Sportangeboten für Ältere. „In bislang unterversorgten Regionen des Landes sind Konzepte zu entwickeln“, heißt es in einem weiteren Leitantrag. Haus- und Fachärzte, Kliniken und Pflegeheime müssten dafür ihren Beitrag leisten.

Die Anregungen der Senioren werden ernst genommen, versicherten die Vertreter der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die genau wie Ministerpräsident **Erwin Sellering** als Gäste am 8. Altenparlament teilnahmen. Die Landesregierung wolle den demografischen Wandel gestalten und nicht nur verwalten, versprach der 64-jährige Regierungschef. Das Altenparlament sei ein wertvoller Partner der Politik.

Das bestätigte auch **Bernd Schubert** (CDU). Seine Fraktion setze sich unter anderem für den Aufbau von Mehrgenerationenhäusern und Pflegestützpunkten ein.

Der SPD-Landtagsabgeordnete **Jörg Heydorn** verwies unter anderem auf die Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“. Eine Politik für ältere Menschen könne nur gemeinsam mit älteren Menschen gestaltet werden, betonte er.

Auch die Linke unterstützt die Forderungen des Altenparlaments. „Die Verbesserung der geriatrischen Versorgung, zielgerichtete Bewegungsangebote für Seniorinnen und Senioren sowie die Sicherung der Lebensqualität und Mobilität älterer Menschen im ländlichen Raum sind Schwerpunkte,



Fotos: Uwe Baleski

Brigitte Paetow wurde zur Präsidentin des Altenparlaments gewählt.

die unsere volle Zustimmung finden“, erklärte deren sozialpolitische Sprecherin **Karen Stramm**.

Die Grünen-Sozialpolitikerin **Silke Gajek** begrüßte ebenfalls die Vorstöße der Senioren. „Die Kritik an der derzeitigen geriatrischen Versorgung halten wir für berechtigt und sehen die Landesregierung in der Pflicht, das Gesundheitssystem im Land stärker auf eine alternde Gesellschaft auszurichten“, sagte sie.

Zahl der Älteren wächst

Der Anteil alter Menschen in Mecklenburg-Vorpommern steigt. Lebten im Jahr 1990 im Nordosten rund 50.000 über 80-Jährige, waren es 2010 schon fast 80.000. Im vergangenen Jahr wohnten im Küstenland rund 361.000 Menschen, die älter als 65 Jahre waren. Im Jahr 2030 werden es Prognosen zufolge etwa 468.000 sein. Im Altenparlament können Menschen ab 55 Jahre mitarbeiten. Es trat erstmals 1999 zusammen und tagt alle zwei Jahre.



Jochen Schmidt, Direktor der LpB, im Gespräch mit Anne Giese und Petra Klawitter von der Europaschule Rövershagen.



Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp, Landesrabbiner William Wolff, Matthias Baerens (v.l.)

Erinnerung lebendig halten

16. Schlossgespräch zum Gedenken an die
Novemberpogrome von 1938

Die Novemberpogrome sind 75 Jahre her. Eine Ewigkeit, mit Schüleraugen gesehen. Und doch ganz nah, wenn sich nüchterne Zahlen aus den Geschichtsbüchern plötzlich in lebendige Geschichte verwandeln. So, wie es Jugendliche von der Europaschule Rövershagen seit vielen Jahren handhaben.

Geschichtslehrerin **Petra Klawitter** berichtete als Gast beim 16. Schlossgespräch des Landtages am 7. November in Schwerin von den Anfängen einer ungewöhnlichen Art von Geschichtsvermittlung. 1999 hätten Schüler darauf

gedrungen, sich um Kriegsgräber zu kümmern, erzählt die Pädagogin. Daraus sei eine Spurensuche quasi vor der Haustür geworden. So fanden die Schüler heraus: Nicht nur in den weit entfernten Orten Auschwitz und Majdanek gab es Konzentrationslager – auch in der Rostocker Heide. In mühevoller Kleinarbeit hätten die Schüler das einstige Arbeitslager Schwarzenpfost vor dem Vergessen bewahrt. Sie legten einen Gedenk- und Lehrpfad auf dem Gelände an. Eines von vielen Projekten der Schule, wie die Lehrerin den rund 100 Gästen im Landtag berichtet. „Wir haben seit 1999 nie aufgehört zu arbeiten. Die Schüler sind alle freiwillig dabei. Es hat eine kleine Gruppe angefangen mit fünf, sechs Interessierten, mittlerweile haben wir in jedem Jahr doppelt so viele Schüler, die sich außerhalb des Unterrichts regelmäßig treffen“, sagt sie. **Anne Giese** ist eine davon. Die 16-Jährige berichtet beim Schlossgespräch von ihrer Arbeit in der Projektgruppe „Juden in Mecklenburg-Vorpommern“, die Schicksale von Mitbürgern während der Nazi-Herrschaft anschaulich macht. Sie selbst habe das Leben der Familie Wagner aus Anklam recherchiert, die in der Pogromnacht 1938 ihr Schuh- und Haushaltswarengeschäft und schließlich Existenz und Leben verlor. Mit einer Broschüre und einer Ausstellung sollen die Forschungsergebnisse der Schüler 2014 einer größeren Öffentlichkeit vorgestellt werden, kündigte ihre Lehrerin in der Gesprächsrunde an, die Jochen Schmidt, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, leitete. „Im Mai legen wir zum Gedenken an die Familie Wagner einen Stolperstein in Anklam“, wies Anne auf ein Ereignis hin, zu dem auch ein Nachfahre der jüdischen Familie anreisen wird.

Eine Art von Gedenken, die auch Landtags-Vizepräsidentin **Beate Schlupp** als Gastgeberin des Schlossgesprächs würdigt. „Brand- und Zerstörungsspuren jener Nacht finden sich in vielen Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern. Ich erinnere nur an die Zerstörung der Synagogen in Altstrelitz, Anklam, Güstrow, Neubrandenburg, Parchim, Pasewalk, Penzlin, Ribnitz-Damgarten, Rostock, Schwerin, Stral-



v.l. Petra Klawitter, Johann-Georg Jaeger (Grüne) und Wolf-Dieter Ringguth (CDU).



Matthias Baerens bei seinem Vortrag.



Erste Reihe v.l. Vizepräsidentin Beate Schlupp, Stefanie Drese (SPD), Helmut Holter (Linke)
Justizministerin Uta-Maria Kuder

Fotos: Uwe Sinnecker

sund oder Teterow“, sagte sie. Sie sprach von Staatsterror gegen jüdisches Leben und mahnte, „wachsam zu bleiben gegenüber allen Feinden der Demokratie“. Die gebe es auch heute. „Ohne Scheu nutzen demokratiefeindliche Parteien die Strukturen demokratischen und rechtsstaatlichen Miteinanders. Die Genese der Novemberpogrome des Jahres 1938 zeigt uns jedoch, wie dicht blanke Gewalt unter der Oberfläche rechtsradikalen Gedankengutes sitzt“, sagte sie. Es sei wichtig, dass nachwachsenden Generationen durch die Beschäftigung mit der Geschichte der Wert von Demokratie und Menschenrechten im Bewusstsein bleibe.

Geschichten in der eigenen Region nachspüren ist nach Überzeugung von **Matthias Baerens** ein wichtiger Schritt in diese Richtung – und meist lehrreicher als eine Geschichtsstunde. „Super Idee“, lobt der Schweriner Historiker und Autor die Projekte der Schüler aus Rövershagen. Er weiß, wovon er spricht. Rund 20 Jahre hat er sich mit dem Schicksal der jüdischen Kaufmannsfamilie Kychenthal aus Schwerin beschäftigt, ihr Schicksal akribisch recherchiert und ihre Spuren bis nach Chile verfolgt. Nach abenteuerlicher Flucht vor den Nazis gelang es einem Teil der Familie, fernab der Heimat neue Wurzeln zu schlagen. Gemeinsam mit dem NDR arbeitet Baerens an einer Dokumentation über die Familiengeschichte. Eine Kurzfassung des Films zeigte er beim Schlossgespräch vorab.

Am Ende war es einmal mehr Landesrabbiner **William Wolff**, der vor den Landespolitikern, Kommunalvertretern und Mitgliedern jüdischer Gemeinden seine Zuversicht kundtat: „Ich glaube, wir setzen uns ausreichend mit der Geschichte auseinander. Dieses Land ist kein antisemitisches Land mehr. Es ist offen für Einwanderer und Zuwanderer. Wir können sehr stolz auf die Demokratie heute sein.“

Schweigeminute im Landtag

Im November 1938 brannten in ganz Deutschland die Synagogen, tausende Geschäfte, Wohnungen und jüdische Friedhöfe wurden zerstört, Hunderte Menschen ermordet oder in den Selbstmord getrieben, zig tausend Juden in Konzentrationslager verschleppt. Die von den Nationalsozialisten angezettelten Pogrome waren der Auftakt zur systematischen Judenverfolgung, die knapp drei Jahre später in den Holocaust mündete.

Zu Beginn der Plenarsitzung am 13. November erinnerte Landtags-Vizepräsidentin **Beate Schlupp** an jene Nächte der Gewalt und des Hasses. „Mit dem 9. November 1938 trat der seit 1933 herrschende Terror gegen jüdisches Leben öffentlich für alle Welt zutage“, sagte sie. Obwohl viele Deutsche diese Verbrechen abgelehnt hätten, hätten sie sich mit ihrem Nichtstun und Wegsehen mit schuldig gemacht. „Bürgersinn oder gar Zivilcourage stellten sich der Naziideologie nur in wenigen Ausnahmen in den Weg“, sagte Schlupp. Die Vizepräsidentin erinnerte daran, dass der 9. November in der deutschen Geschichte wiederholt ein Schicksalstag war. Am 9. November 1918 verkündete Reichskanzler Maximilian von Baden die Abdankung Kaiser Wilhelms II, Philipp Scheidemann rief vom Reichstagsgebäude die „Deutsche Republik“ aus. Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer und markierte das Ende des Kalten Krieges.

Beate Schlupp rief dazu auf, insbesondere vor diesem geschichtlichen Hintergrund den Feinden der Demokratie die Stirn zu bieten und sich gegen Extremismus und Gewalt, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu wehren. „Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, in der Gesellschaft für Frieden, Demokratie und Toleranz zu werben und zugleich aktiv für die Grundwerte unserer Landesverfassung einzustehen“, betonte sie.

Zum Gedenken an die Opfer des nationalsozialistischen Terrors im November 1938 erhoben sich alle im Plenarsaal Anwesenden – mit Ausnahme der NPD-Abgeordneten – zu einer Schweigeminute.



Die Holocaust-Überlebenden Noah Klieger, Jacov Tsur, Michael Goldmann-Gilead und Batsheva Dagan (v.l.) berichteten über 100 Schülerinnen und Schülern von ihrem Schicksal.

Zeugen der Zeitzeugen sein

Schüler treffen im Landtag Überlebende der Shoah

„Ihr seid die Zeugen der Zeugen“. **Batsheva Dagan**, Jüdin aus Israel und Auschwitz-Überlebende, wird nicht müde, jungen Leuten diesen Satz immer wieder zu sagen. Sie sagt ihn auch, als sie sich am 28. November im Landtag den Fragen von rund 100 Jugendlichen stellt. Gemeinsam mit **Jacov Tsur**, **Noah Klieger** und **Michael Goldmann-Gilead**, die wie sie heute in Israel leben. Vier Zeitzeugen des Nazi-Terrors, die den Vernichtungslagern entkamen. Und die nun mit über 80 Jahren über ihre ganz persönlichen Schicksale berichten. „Fragt heute! Jugendliche aus M-V treffen Überlebende des Holocaust“ hieß das Projekt, für das mehr Schüler aus Mecklenburg-Vorpommern ihr Interesse angemeldet hatten, als dann ins Schloss eingeladen werden konnten. Phillip Dingler und Pauline Thielers vom Friedrich-Franz-Gymnasium sind aus Parchim angereist. Sie kennen Batsheva Dagan schon vom Ravensbrück-Projekt des Landtages im Frühjahr. Sie haben schon damals die eindringliche Aufforderung der 88-Jährigen als Auftrag verstanden – und ihrer Patenklasse von der Begegnung mit der Kinderpsychologin und Autorin berichtet. Sie haben den jüngeren Schülern aus Batsheva Dagens Buch „Wenn Sterne sprechen könnten“ vorgelesen, in dem sie warmherzig und kindgerecht die Geschichte von ihrer Cousine Alunia erzählt, die das Vernichtungslager überlebte. „Wir werden Zeugen der Zeugen sein und die Geschichten weitertragen“, verspricht Phillip. Die Lesung vor der Patenklasse soll nur der Anfang gewesen sein.

Das ist es wohl auch, was Geschichtslehrerin **Petra Klawitter** von der Europaschule Rövershagen erreichen wollte, als sie im Vorjahr mit Schülern die vier Zeitzeugen in Israel besuchte und nach Mecklenburg-Vorpommern einlud. Zu einer Projektwoche mit vielen Begegnungen, die im Landtag ihren Abschluss fand. Unterstützt wurde die Aktion von den Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

So erfahren die rund 100 Schüler im Plenarsaal von Michael Goldmann-Gileads Schicksal, der bis heute nicht verwunden hat, dass seine kleine Schwester damals umgebracht wurde. Sie war erst zehn Jahre alt. 60 Mitglieder hatte seine jüdische Großfamilie. Nur er und sein Bruder haben die Shoah – die große Katastrophe – überlebt. Sie erfahren, dass Batsheva Dagan mit gefälschten Papieren in einer nationalsozialistischen Familie in Schwerin Zwangsarbeit leistete, bevor sie denunziert und verhaftet wurde. Sie hören, dass Noah Klieger durch einen unglaublichen Zufall seine Eltern wiederfand und dass Jacov Tsur im KZ auch von deutschen Häftlingen Solidarität erfuhr.

Jeder Schüler kann es so ähnlich im Geschichtsbuch nachlesen, aber es klingt viel eindringlicher, wenn Noah Klieger es sagt: „Es gab keine Juden, die nach Auschwitz gebracht wurden, um dort zu überleben. Sie wurden dorthin gebracht, um ermordet zu werden.“ Und Noah Klieger sagt auch: „Ich möchte noch einige Jahre leben, denn ich habe ja immer noch eine Aufgabe zu erfüllen. Eine Aufgabe, die ich mir vor über 60 Jahren gestellt habe: Erzählen, all jenen, die mir zuhören wollen.“

Die Jugendlichen im Saal wollten zuhören und Antworten finden auf ihre Fragen:

- Wie war es, mit gefälschten Papieren in einer Nazifamilie Zwangsarbeit zu verrichten?
- Wussten Sie, als Sie verhaftet wurden, was auf Sie zukam?
- War Ihre Flucht aus dem Todesmarsch geplant, oder haben Sie die Gelegenheit beim Schopf gepackt?



Fotos: Uwe Sinnecker

Das Foto mit den Zeitzeugen und Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider wird Pauline Thielert und Phillip Dingler vom Friedrich-Franz-Gymnasium Parchim immer an diese wichtige Begegnung erinnern.



Die Schülerinnen und Schüler nutzen die einmalige Chance, Überlebende des Holocaust persönlich zu treffen und zu befragen.

- Wie haben Sie Ihre Eltern wiedergefunden, die doch auch hätten ermordet sein können?
- Was fühlten Sie, als Sie zum ersten Mal wieder nach Deutschland kamen?
- Wie gelang es Ihnen, die schrecklichen Erlebnisse zu bewältigen und sich ein normales Leben aufzubauen?

Offen und geduldig antworten die vier Überlebenden. Man spürt, dass es immer noch schwer für sie ist, über die schrecklichen Erlebnisse zu sprechen, aber auch, dass das Interesse der Schüler sie freut und ihnen Kraft gibt. Die Schicksale gehen den Schülern nahe. Das ist bei der Veranstaltung deutlich zu spüren. Doch die „letzten Zeugen der Shoah“ blicken auch nach vorn.

„Ihr seid nicht verantwortlich für die Taten Eurer Groß- und Urgroßeltern. Ich bin sehr froh, mit euch hier zusammen zu sein“, sagt Michael Goldmann-Gilead, der in Israel bei der Kriminalpolizei gearbeitet hat und beim Eichmann-Prozess mitwirkte. Sein Freund Noah Klieger, der als Journalist von allen großen Nazi-Prozessen in Deutschland für die israelische Presse berichtete, ergänzt: „Hass kann nichts Gutes bringen. Er hat Millionen Menschen das Leben gekostet. Eure Eltern sollen euch in Liebe erziehen“, wünscht er sich.

Batsheva Dagan drückt es auf ihre Art aus: Menschenschicksale können manchmal wichtiger sein als nüchterne Zahlen. Die Geschichten von Überlebenden zu kennen und viel über die Shoah zu wissen, das werde – so ihre Hoffnung – eine

Wiederholung des Völkermords verhindern. „Solche Veranstaltungen sollte es noch oft geben“, sagt sie. „Ich freue mich, dass ihr hier wart.“

Mit vier Überlebenden weit weg vom Klassenzimmer das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte aufzuarbeiten, das hat auch für Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** eine ganz besondere Qualität. „Ich bin sicher, ihr habt die Botschaft der Gäste aus Israel verstanden“, sagt sie zum Ende der Veranstaltung. „Ihr werdet Zeugen der Zeugen sein und weitertragen, was ihr heute gehört habt.“

Vier Schicksale

Alle vier Zeitzeugen wurden Mitte der 20er Jahre in jüdischen Familien geboren – Batsheva Dagan im polnische Łódź, Michael Goldmann-Gilead in oberschlesischen Kattowitz, Jacov Tsur im tschechischen Ostrawa und Noah Klieger im französischen Straßburg. Sie hatten liebevolle Eltern, sie hatten Brüder und Schwestern. Sie gingen zur Schule, hatten Freunde – bis mit dem Überfall Deutschlands auf ihre Heimatländer die Kindheit und Jugend jäh zu Ende war. Als sie zur Zwangsarbeit gezwungen, verhaftet und schließlich in Konzentrationslager verschleppt wurden, waren sie so alt wie die Schülerinnen und Schüler im Saal – 16, 17 Jahre! Sie mussten erleben, wie ihre Eltern, ihre Geschwister verschleppt und umgebracht wurden. Sie alle wurden schließlich nach Auschwitz deportiert und erlebten hier die Hölle. Als mit dem Vorrücken der Roten Armee die SS begann, Auschwitz zu räumen, kamen alle vier auf den Todesmarsch. Nach Zwischenstationen in weiter westlich gelegenen Lagern, in denen katastrophale Zustände herrschten, erlebten sie die Befreiung. Alle vier verließen Europa und leben in Israel. Und sie haben es sich zur Lebensaufgabe gemacht, der Welt zu erzählen. Batsheva Dagan spricht für alle, wenn sie sagt: „Ich fühle, es ist meine Pflicht, der Welt zu erzählen. Ich spreche für die, die ermordet wurden, und für die, die nicht sprechen können.“

Einen Film vom Zeitzeugentreffen im Landtag gibt es auf dem YouTube-Kanal des Landtages M-V.



Die Stralsunder Zeitenspringer präsentierten stolz ihr Projekt im Plenarsaal des Landtages: v.l. Lisa Esch, Betreuerin Kathrin Pöthke, Kimberley Koberne, Julia Brehm, Lukas Berg, Pia Schult, Laura Esch und Paule Meller. Fotos: Landtag M-V

Zeitenspringer

9. Jugendgeschichteitag im Landtag M-V

Den Entschluss, ein neues Zeitenspringer-Projekt in Angriff zu nehmen, hatten die Mädchen und Jungen vom Stadtteiltreff Heuboden in Stralsund schon auf der Rückfahrt vom Jugendgeschichteitag 2012 gefasst. „Die Veranstaltung im Landtag war so toll, da wollten wir unbedingt wieder dabei sein“, erzählt Sozialarbeiterin Kathrin Pöthke. Ihre Zeitenspringer waren stolz, ihr diesjähriges Forschungsprojekt im Schweriner Schloss präsentieren zu dürfen. Und sie nutzten die Gelegenheit, sich viele andere interessante Projekte anzuschauen und Erfahrungen mit anderen Geschichtsforscher-Teams auszutauschen.

Wie die Stralsunder Mädchen und Jungen hatten sich rund 160 Schülerinnen und Schüler aus ganz Mecklenburg-Vorpommern schon lange auf diesen Tag im Schweriner Schloss gefreut. Nach zum Teil monatelangen Recherchen, bei denen seit Jahresbeginn Geschichten aus den Heimatregionen

erforscht wurden, beteiligten sich diesmal 32 Jugendgeschichteitagsprojekte an der Projektmesse und am selbstgestalteten Bühnenprogramm im Plenarsaal des Landtages.

„Dass ihr den Plenarsaal nutzen dürft, ist eine Auszeichnung“, sagte Landtags-Vizepräsidentin **Silke Gajek** zur Eröffnung. Das habe der Ältestenrat so entschieden, „weil wir das, was ihr in dem Projekt Zeiteinsprünge macht, sehr wichtig und gut finden“, erklärte sie. Sie sagte zu, sich auch im kommenden Jahr für den Plenarsaal als Präsentationszentrum einzusetzen. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider wird auch 2014 wieder die Schirmherrschaft über den dann 10. Jugendgeschichteitag im Landtag übernehmen.

Seit 2004 erforschten weit mehr als 4000 junge Menschen in insgesamt 326 Zeiteinsprünge-Projekten die großen und kleinen Geschichten in unserem Bundesland.

Auch beim diesjährigen Jugendgeschichteitag zeigten die Schülerinnen und Schüler eindrucksvoll, dass Geschichte nicht trocken und verstaubt daherkommen muss – zumal, wenn sie vor der eigenen Haustür passiert. So erforschten zum Beispiel die Stralsunder Schülerinnen und Schüler die Hausgeschichte des Heuweges 11, wo sich heute ihr Stadtteiltreff befindet. Die Zeiteinspringer aus Rostock-Toitenwinkel präsentierten die Entwicklung ihres Stadtteils in einem Theaterstück, und die Tanzgruppe TruCru vom Südstadtclub Güstrow beschäftigte sich mit der Rockgeschichte der 70er- bis 2000er-Jahre und begeisterte mit ihren daraus entwickelten originellen und sehr professionellen Showtänzen.

Als sich um 18.00 Uhr die letzten Zeiteinspringer auf den Heimweg machten, planten nicht nur die Stralsunder Mädchen und Jungen schon ihr nächstes Projekt. Denn auch 2014 ermöglicht die Stiftung Demokratische Jugend in Kooperation mit dem Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern e. V. Jugendgruppen aus Mecklenburg-Vorpommern, lokale Geschichten des 20. Jahrhunderts zu erforschen. Für die Umsetzung der Projekte kann eine Förderung von jeweils bis zu 1.250 Euro gewährt werden. Bewerbungsschluss ist der 31. Januar 2014.

Ansprechpartner ist Dirk Siebernik, Tel. 0385/5899894, d.siebernik@inmv.de, www.jugend.inmv.de
www.facebook.com/zeitenspruenge



Vizepräsidentin Silke Gajek beim Zeiteinspringer-Interview.

Sammler Forscher Kitakinder

Die Nutzung des Schweriner Schlosses
1913 bis 1990



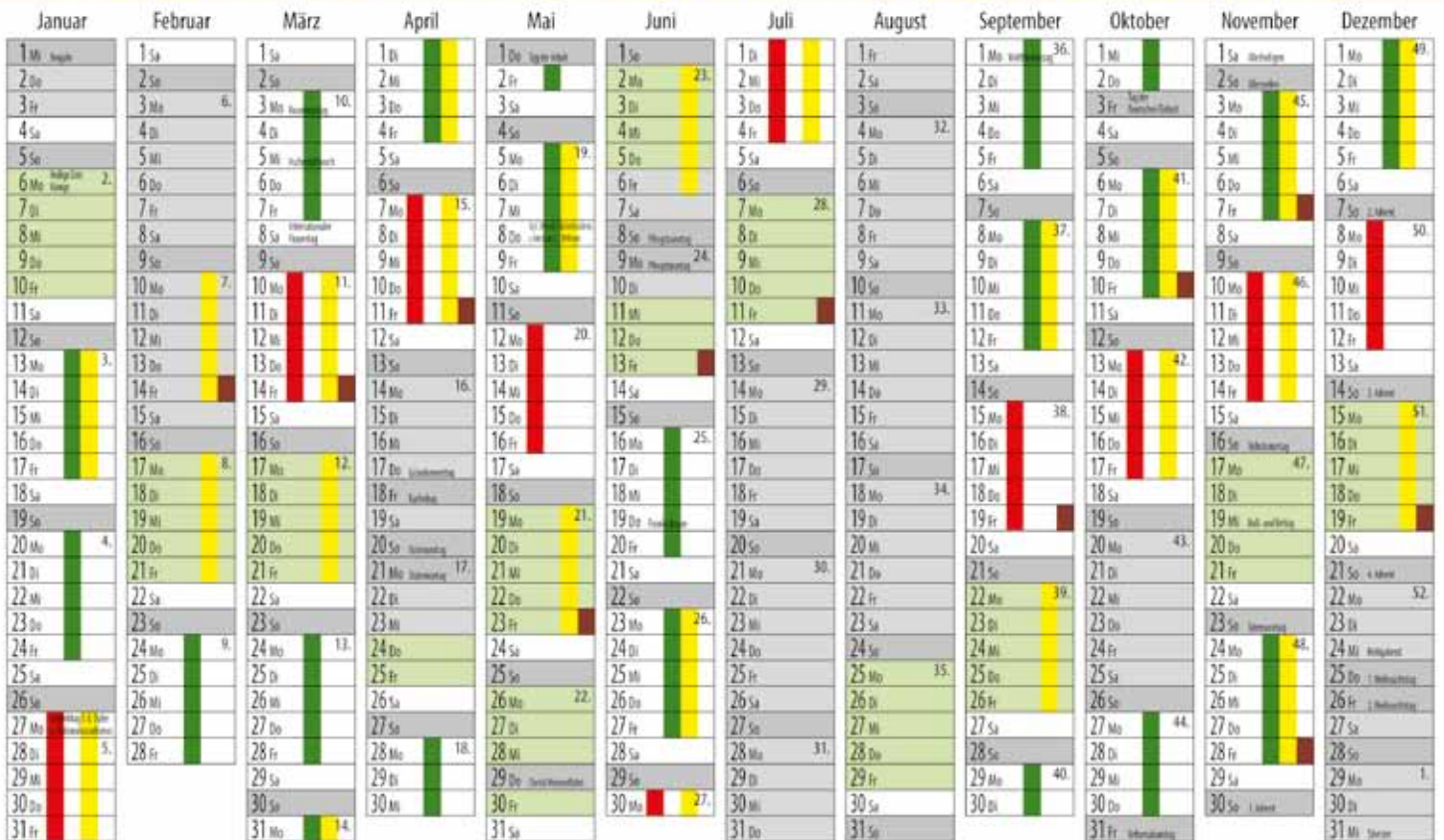
Das Buch gibt es zum Preis von vier Euro im Museumsshop des Schlosses, in der Schweriner SVZ-Geschäftsstelle Mecklenburgstraße und in der Schweriner Tourist-Info am Markt. Sie können es auch über den Landtag bestellen: Tel. 0385 / 525-2113 oder per Mail an oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de.

Vor genau 100 Jahren – in der Nacht vom 14. zum 15. Dezember 1913 – zerstörte ein verheerender Brand fast ein Drittel des Schweriner Schlosses. Dank der Feuerversicherung des Großherzogs konnte die äußere Hülle relativ schnell wieder hergestellt werden, aber Folgeschäden wirken bis heute nach. Bekanntlich endete die Monarchie in Deutschland 1918. Das Schloss ging in Staatsbesitz über und ist seit 1990 Sitz des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. Was aber geschah in den mehr als 70 Jahren dazwischen? Davon wissen die meisten nur Bruchstücke: Kindergärtnerinnen-Schule, Museum, der Landtag soll nach 1945 auch eine kurze Zeit im Schloss getagt haben ...

Der Schweriner Journalist Andreas Frost ist der Sache auf den Grund gegangen. Er hat mit Zeitzeugen gesprochen, fast ein Jahr lang Akten in vier Schweriner Archiven durchforstet und viele interessante Details über die wechselnden Schlossnutzer herausgefunden. Einige dieser Geschichten konnten Sie in den vergangenen Monaten in den Landtags-Nachrichten lesen.

Pünktlich zum Schlossbrand-Jahrestag hat Andreas Frost zusammen mit dem Landtag nun alle Geschichten in einem Buch zusammengestellt. Keine wissenschaftliche Abhandlung wohlgermerkt, sondern ein „Lesebuch“, das so manchen weißen Fleck in der Nutzungsgeschichte des Schlosses seit 1913 füllt.

Zeitplan des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 2014



Mecklenburg Vorpommern
Landtag

Schloss, Lennestraße 1, 19053 Schwerin
Telefon: 0385/525-0, Telefax: 0385/5252121
E-Mail: poststelle@landtag-mv.de, Internet: www.landtag-mv.de

Stand: 7. November 2013
 Sitzungswochen Landtag (rot), Sitzungswochen Landtagspräsidenten (grün), Für Veranstaltungen der Fraktionen, die Wahlkreisarbeit und Sonder Sitzungen der Ausschüsse reservierte Zeit (hellgrün), Tagungswochen Deutscher Bundestag (gelb), Plenarsitzungen Bundesrat (dunkelrot), Sitzungsfrei Zeit (grau)



(Adressfeld für Abonnenten)



- Am 20. November empfing Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider den Botschafter der Republik Italien, S.E. Elio Menzione. Bei dem Gespräch ging es vor allem um Themen, die für Italien und Mecklenburg-Vorpommern gleichermaßen von Bedeutung sind, wie zum Beispiel Tourismus und Meerespolitik. Ein besonderes Anliegen von Elio Menzione ist es, die bestehenden Partnerschaften zwischen Italien und Mecklenburg-Vorpommern zu vertiefen und auch neue Kontakte zu knüpfen. Der Botschafter zeigte sich zuversichtlich, dass sich das wirtschaftliche Engagement Italiens in M-V zukünftig noch steigern ließe. Derzeit leben in Mecklenburg-Vorpommern 400 Italienerinnen und Italiener.

- Am 17. November fand in der Hansestadt Stralsund die zentrale Gedenkstunde des Landes M-V zum Volkstrauertag statt. Zu den etwa 100 Gästen zählten Landes- und Bundespolitiker, Vertreter des Diplomatischen Corps, der Kirchgemeinden sowie zahlreiche interessierte Bürgerinnen und Bürger, von denen sich viele ehrenamtlich beim Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge engagieren. Silke Gajek, 3. Vizepräsidentin des Landtages, würdigte die Arbeit der ehrenamtlichen Helfer des Volksbundes. „Die Gräber der Toten zu ehren und zu pflegen, heißt auch, echtes Mitgefühl und Nächstenliebe mit den Kriegsoffern und deren Familien zu zeigen“, sagte sie. Die Deutschen trügen eine besondere Verantwortung, sich ihrer Geschichte bewusst zu sein und sich stets für den Frieden einzusetzen.



- In diesem Jahr können sich die Abgeordneten und Mitarbeiter des Landtages gleich an zwei Adventskränzen erfreuen. Bewohnerinnen und Bewohner einer Einrichtung des Klosters Dobbertin für Menschen mit geistiger Behinderung, Landespastor Martin Scriba und Beschäftigte der Diakonie M-V übergaben dem Landtag zum 1. Advent einen Wichernkranz. Dieser besondere Adventskranz geht auf den Theologen Johann Hinrich Wichern (1808 – 1881) zurück, der ihn für Kinder aus den Hamburger Armenvierteln erfand. Der zweite Kranz hängt auf dem Weg zum Plenarsaal im 3. Obergeschoss. Geschmückt haben ihn wie in jedem Jahr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Dreescher Werkstätten Schwerin.

*Wir wünschen allen
Leserinnen und Lesern
der LandtagsNachrichten
ein frohes Weihnachtsfest und
alles Gute für das neue Jahr!*

